



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 101 – Februar 2009

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009

Herausgegeben von
Heiko Pleines

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 101: Heiko Pleines (Hg.)

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009

Februar 2009

ISSN: 1616-7384

Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Russland- und den Ukraine-Analysen (www.laender-analysen.de). Die Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. herausgegeben.

Lektorat: Judith Janiszewski/Heiko Pleines

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa
Publikationsreferat
Klagenfurter Str. 3
D-28359 Bremen – Germany
phone: +49 421 218-3687
fax: +49 421 218-3269
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Heiko Pleines

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick 5

Jonas Grätz und Kirsten Westphal

Trügerischer Friede? Kosten und Nutzen der Gasverträge
zwischen Russland und Ukraine 7

Katerina Malygina

Der neue Gasvertrag: Bedrohung und Risiken für die Ukraine..... 11

Simon Pirani

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009 15

Margarita M. Balmaceda

Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts..... 19

Kirsten Westphal

Europas Handlungsspielraum 22

Kirsten Westphal

Die Nabucco-Erdgaspipeline und die Europäer..... 27

Datenanhang

Der russisch-ukrainische Gashandel 29

Russlands Erdgasindustrie 31

Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Erdgasstreit mit der Ukraine 34

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 38

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa 40

Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

Der russisch-ukrainische Erdgashandel besteht aus zwei Elementen. Zum einen importiert die Ukraine Erdgas und gehört zu den größten Abnehmerländern des russischen Erdgaskonzerns Gazprom. Zum anderen ist die Ukraine das wichtigste Transitland für Gazproms Erdgasexporte. Der Erdgashandel ist seit dem Ende der Sowjetunion regelmäßig Gegenstand von Konflikten auf dem Gebiet der GUS. Die Ukraine hat mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu Lieferstopps geführt haben. Im Januar 2009 kam es erneut zu einer Eskalation des Erdgasstreits.

Auf russischer Seite versucht Gazprom schon seit einigen Jahren sein wirtschaftliches Ergebnis durch höhere Preise für Erdgaslieferungen in die GUS zu verbessern. Die GUS hat einen Anteil von mehr als einem Drittel an Gazproms Erdgasexporten. Die Ukraine allein hat einen Anteil von 20 % und liegt damit vor Deutschland. Gleichzeitig hat Gazprom ein Interesse daran, die ukrainischen Erdgaspipelines zu übernehmen, um den Transit besser kontrollieren zu können. Langfristig versucht Gazprom außerdem, die Bedeutung der Ukraine als Transitland durch nördliche und südliche Umgehungsrouen durch die Ostsee (NordStream) bzw. das Schwarze Meer (SouthStream) zu reduzieren.

Die politische Führung Russlands nutzte diesen Konflikt, um der Ukraine angesichts ihrer Westorientierung (symbolisiert durch das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft) die Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren. Auch hier bestätigt sich (wie schon im Südossetien-Krieg), dass Russland seine Interessen in der GUS aggressiv vertritt und immer weniger Rücksicht auf internationale Reaktionen nimmt.

Die Ukraine wiederum steht mit dem Rücken zur Wand. Das Land dürfte der Zahlungsunfähigkeit in Folge der internationalen Finanzkrise wohl nur durch einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar entgangen sein. Da die Erdgasimporte über eine staatliche Firma abgewickelt werden und der Staat für ukrainische Privatverbraucher den Erdgaspreis stark subventioniert, bedeutet der Erdgashandel eine erhebliche finanzielle Belastung für den Staatshaushalt. Die ukrainischen Zahlungen für Erdgasimporte (ohne Verzugszinsen und Strafzahlungen) beliefen sich 2008 auf über 8 Mrd. US-Dollar. Eine volle Weitergabe der Preiserhöhungen an die Endverbraucher unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise würde für die angeschlagene Koalitionsregierung politischen Selbstmord bedeuten.

Gleichzeitig konnte die Ukraine davon ausgehen, dass Gazprom aufgrund seiner Abhängigkeit von ukrainischen Transitpipelines erpressbar ist, und genau wie 2006 illegalen ukrainischen Gasentnahmen aufgrund der Verpflichtung gegenüber den europäischen Kunden wenig entgegensetzen kann. Eine Beteiligung Gazproms an den Transitpipelines wird von allen politischen Kräften in der Ukraine (einschließlich der »pro-russischen« Partei der Regionen) unter Berufung auf die nationale Sicherheit abgelehnt.

Chronik

Da eine Einigung über den zukünftigen Lieferpreis bis Ende Dezember 2008 nicht erreicht wurde, stellt Gazprom zum Jahresbeginn 2009 die Erdgaslieferungen an die Ukraine ein. Während Gazprom eine Preiserhöhung von 180 US-Dollar pro 1000 m³ auf 250 US-Dollar pro 1000 m³ anstrebt (und im Zuge der Eskalation des Streits sogar eine Preisforderung von 450 US-Dollar pro 1000 m³ erhebt), will die Ukraine maximal 201 US-Dollar pro 1000 m³ zahlen und gleichzeitig die Transitgebühr für russisches Erdgas erhöhen.

Hinzu kommt, dass die Ukraine die Bezahlung des bisher gelieferten Erdgases verzögert. Die Zahlung vom 30. Dezember 2008 kommt nicht mehr zum Jahresende bei Gazprom an. Zusätzlich fordert Gazprom noch 0,6 Mrd. US-Dollar an Zins- und Strafzahlungen. Diese Forderung wird jedoch von der ukrainischen Seite nicht anerkannt. Gazprom erhebt deswegen Klage vor dem internationalen Wirtschaftsschiedsgericht in Stockholm, das grundsätzlich in den russisch-ukrainischen Erdgasverträgen als Schlichtungsorgan vorgesehen ist, bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhielt nachhaltig tätig zu werden.

Nach eigenen Angaben liefert Gazprom Anfang Januar 2009 weiterhin in vollem Umfang Erdgas für den Transit durch die Ukraine. Bei europäischen Abnehmern kommt es jedoch trotzdem zu einem Lieferrückgang. Gazprom macht illegale Entnahmen der Ukraine hierfür verantwortlich. Die Ukraine lässt verlauten, Gazprom habe die Liefermengen wohl reduziert, weil es aufgrund des kalten Winters nicht über ausreichende Gasvorräte verfüge.

Mit dem Vorwurf der illegalen Entnahmen durch die Ukraine begründet Gazprom am 7. Januar 2009 die vollständige Einstellung von Gaslieferungen in Richtung Ukraine. Die russischen Lieferungen nach Europa gehen deshalb drastisch zurück. Einige Länder auf dem Balkan und in Mittelosteuropa erhalten überhaupt keine russischen Lieferungen mehr. Am stärksten betroffen sind Bulgarien, die Slowakei und Moldawien.

Unter Vermittlung der EU einigen sich Russland und die Ukraine auf eine Wiederaufnahme des Transits. Eine Beobachtermission der EU soll den Gastransit überwachen und bei Bedarf klären, ob fehlende Lieferungen der russischen oder ukrainischen Seite anzulasten sind. Die ukrainische Seite fügt in das Abkommen bei der Unterschrift einseitig eine Zusatzklärung ein, woraufhin die russische Seite das Abkommen aussetzt. Am 12. Januar 2009 wird das Abkommen schließlich ohne Zusätze unterzeichnet und die EU-Beobachter nehmen ihre Arbeit auf. Es stellt sich jedoch heraus, dass sie aufgrund eingeschränkter Zugänge zu den Verteilerzentren nicht in der Lage sind, die Erdgaslieferungen umfassend zu überprüfen.

Wenige Stunden nach der Wiederaufnahme der Lieferungen durch Russland stellt die Ukraine am 14. Januar 2009 den Transit ein, da die russische Liefermenge nicht ausreicht, den erforderlichen Druck zu erzeugen. Die Ukraine verwendet deshalb einen Teil der russischen Lieferung als technisches Gas. Der russische Präsident Dmitri Medwedew lädt daraufhin alle Konfliktparteien zu einem Krisengipfel nach Moskau ein.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin trifft sich am 16. Januar 2009 in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er schlägt vor, dass die EU-Erdgaskunden für die Ukraine das technische Gas bereitstellen. Im Kontext des Besuchs wird (u. a. durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) auch der Vorschlag aufgegriffen, ein internationales Konsortium als Betreiber der ukrainischen Transitpipelines einzusetzen.

Beim Krisengipfel in Moskau am 18. Januar 2009 einigt sich Putin dann mit seiner ukrainischen Amtskollegin Julia Timoschenko auf eine Lösung. Es werden zwei separate Verträge für den ukrainischen Erdgastransit und den ukrainischen Erdgasimport entworfen. Zusätzlich wird die Rolle eines westlichen Konsortiums bei der Betreibung der ukrainischen Transitpipelines diskutiert. Die Verträge zu Transit und Import werden am 19. Januar 2009 von beiden Seiten unterschrieben. Am 20. Januar 2009 werden die russischen Gaslieferungen in Richtung Ukraine wieder aufgenommen.

Die Verträge haben eine Laufzeit bis 2019. Die ukrainischen Import- und Transitpreise sollen an die europäische Preisformel (Koppelung an den Erdölpreis mit quartalsweiser Berechnung) angeglichen werden. Für 2009 soll die Ukraine einen Rabatt von 20 % erhalten und dafür im Gegenzug die Transitpreise nicht erhöhen. Zwischenhändler sind nicht mehr vorgesehen.

Ausblick

Mit dem Ausschluss der Zwischenhändler und dem Übergang zu einer langfristigen, vertraglichen Regelung sind die formalen Grundlagen für einen stabilen Erdgashandel gelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrung mit dem Umgang beider Seiten mit vertraglichen Verpflichtungen muss aber damit gerechnet werden, dass sowohl Zahlungsschwierigkeiten der Ukraine als auch außenpolitische Spannungen zwischen den beiden Ländern schnell wieder zu einer Eskalation führen können.

Die Ukraine muss ihren Energieverbrauch dringend reduzieren, um die aus den neuen Erdgaspreisen resultierenden erheblichen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen abzufedern. Hinzu kommt als weiteres Problem der große Modernisierungsbedarf des ukrainischen Pipelinenetzes, der wohl nur mit Hilfe ausländischer Investitionen zu decken ist. Während Russland in Reaktion auf den Konflikt mit der Ukraine die Bedeutung seiner Pläne für Exportpipelines unter Umgehung problematischer Transitländer (NordStream und SouthStream) betont, fordern vor allem die ehemals sozialistischen EU-Mitgliedsländer unter Führung von Polen nun verstärkt die Forcierung alternativer Pipelineprojekte und insbesondere der Nabucco-Pipeline.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Trügerischer Friede? Kosten und Nutzen der Gasverträge zwischen Russland und Ukraine

Von Jonas Grätz und Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Die Erleichterung in der Europäischen Union war groß. Am 19. Januar 2009 gab Ministerpräsident Putin an Gazprom die »Anweisung«, den Gastransit durch die Ukraine »in alle Richtungen« wieder aufzunehmen. Zuvor war jeweils ein Vertrag für Gaslieferungen und Gastransit zwischen Gazprom und Naftohaz abgeschlossen worden. Europa kann aufatmen, so scheint es. Das Unterzeichnen der Verträge ist aber keinesfalls mit einer Beilegung der Streits zu verwechseln. Eine nähere Analyse der Verträge zeigt, dass bereits neue Konflikte am Horizont heraufziehen. Diese werden durch die innenpolitische Lage in der Ukraine verschärft. Eine genaue Analyse der durch eine Indiskretion der ukrainischen Seite bekannt gewordenen Verträge zeigt, dass Gazprom seine Interessen weitgehend durchsetzen konnte, was neuen Konfliktstoff birgt. Zwar konnte die Ukraine ihre Position bezüglich der Transitgebühren relativ verbessern, absolut gesehen ist Gazprom allerdings der Hauptprofiteur des neuen Arrangements.

Konfliktpunkte im Gasstreit

Vordergründig entzündete sich der Streit Ende 2008 an alten Schulden und neuen Preisen für den Einkauf und Transit von Gas durch die Ukraine. Frühere Vereinbarungen wurden in Frage gestellt und als obsolet betrachtet.

- *Schuldenfrage.* Die russische Seite bezifferte Ende Dezember die ukrainischen Schulden für Gasimporte auf 2,4 Mrd. US-Dollar, die Ukraine auf lediglich 1,5 Mrd. US-Dollar. Die Schuldenfrage ist undurchsichtig, denn größter Schuldner ist der Zwischenhändler RosUkrEnergo, der turkmenisches Gas durch Russland an die Ukraine verkauft hat und auch auf dem ukrainischen Binnenmarkt tätig ist.
- *Preisfragen.* Die Vorstellungen gingen auch bei den Preisen für 2009 weit auseinander: Zunächst verlangte Gazprom 250 US-Dollar pro 1000 m³ (2008 hatte die Ukraine noch einen Festpreis von 179,50 US-Dollar zu zahlen). Im Laufe der Verhandlungen erhöhte Gazprom seine Forderung schrittweise auf 418, später auf 450 US-Dollar, da die Ukraine das anfängliche Vorzugsangebot ausgeschlagen habe. Unklar ist, welche Nebenbedingungen und Transitpreise mit diesen Preisangeboten jeweils verbunden waren. Die ukrainische Seite nannte 235 US-Dollar einen realen Preis. Obschon in der Öffentlichkeit mit festen Preisen jongliert wurde war klar, dass über einen an unterschiedliche Ölprodukte gekoppelten variablen Preis nach westeuropäischem Modell verhandelt wurde.
- *Transitfragen.* Zumindest nach russischem Bekunden hatte noch bis einschließlich 2010 ein Transitvertrag Geltungskraft. Die Erhöhung der Gaspreise macht wegen der damit einhergehenden höheren Energiekosten für den Gastransport jedoch eine Neuverhandlung der Konditionen erforderlich. Gazprom bot zunächst an, einen Teil der Transitgebühren für 2009 in Höhe von 1,70 US-Dollar pro 100 km und 1000 m³ als Vorschuss zu zahlen, damit Naftohaz seine Schulden tilgen konnte. Als Ausgleich für die Vorabzahlung würden sich die Transitgebühren nochmals verringern. Darauf ging die Ukraine nicht ein, sondern forderte als Reaktion auf höhere Gaspreise auch höhere Transitgebühren.

Die Frage des Transitregimes spielte nach Beginn der Lieferkürzungen eine immer größere Rolle, besonders in Bezug auf die Gasmengen, die benötigt werden, um die Kompressor- und Verteilerstationen zu betreiben (»technisches Gas«) und den Druck in den Pipelines (»line pack«) aufrechtzuerhalten. Auf Grund der höheren Kosten für Transitedienstleistungen war der ukrainische Versorger Naftohaz nicht mehr bereit, technisches Gas unter dem geltenden Transitvertrag bereitzustellen und forderte dessen Bereitstellung von Gazprom. Besonders brisant wurden diese technischen Fragen, als unter den Augen der europäischen Beobachtermision nur geringe Gasmengen über Sudzha ins ukrainische Netz eingespeist werden sollten, die für Moldawien, Bulgarien und die Slowakei bestimmt waren. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass dieses Vorgehen es der Ukraine unmöglich machte, Gas nach Europa weiterzuleiten. Das russische Kalkül ist offenkundig: Die Unzuverlässigkeit und/oder Unfähigkeit der Ukraine sollte aller Welt vor Augen geführt werden.

- *Zwischenhändler.* Der Gasstreit vor drei Jahren wurde »gelöst«, indem man mit RosUkrEnergo einen Zwischenhändler einschaltete, der turkmenisches Gas zu günstigen Preisen an die Ukraine verkaufte und dabei das Pipelinennetz Gazproms nutzen durfte. Das Unternehmen gehört je zur Hälfte Gazprom und

zwei ukrainischen Geschäftsmännern mit Verbindungen zur Politik. Ironischerweise hatte dieses äußerst intransparente Geschäftsmodell nun nicht unwesentlichen Anteil an der Eskalation der diesjährigen Gas-Krise. Einer der Geschäftsmänner, Dmitrij Firtasch, soll Verbindungen zum ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unterhalten, der sich wiederholt für das Unternehmen einsetzte.

Gazprom profitierte von dem Konstrukt insofern, als es mit der Beteiligung am Zwischenhändler die Wertschöpfungskette in beide Richtungen erweitern und vertiefen konnte. Der Konzern verdiente am monopolisierten Kauf turkmenischen Gases und dem Weiterverkauf an die Ukraine. Dieses Motiv verlor sich, als Russland den zentralasiatischen Ländern ab 2009 flexible Gaspreise mit einem Grundpreis von 340 US-Dollar pro 1000 m³ zugestand.

Hier endete die Kette aber nicht, denn die höchsten Wertschöpfungsmöglichkeiten bestanden beim Vertrieb an Endkunden und dem Export nach Westeuropa. Gazprom besitzt über RosUkrEnergó und direkte Töchter Anteile an lukrativen und strategischen Geschäftssegmenten im ukrainischen Gassektor, wie Speicherkapazitäten, regionale Gasgesellschaften und deren Netze. RosUkrEnergó kontrolliert nach eigenen Angaben 75 % des ukrainischen Endkundengeschäfts, darunter fast alle lukrativen Großkunden. Wer jedoch den Gasmarkt in solch hohem Maße kontrolliert, kann auch weitgehend über die Brennstoffkosten bestimmen und damit über die Wettbewerbsbedingungen. Dies gilt insbesondere in der von Schwerindustrie geprägten ukrainischen Wirtschaft, für die der Zugang zu günstigem Gas ein zentraler Wettbewerbsvorteil ist.

Offenbar konnte RosUkrEnergó von Gazprom garantierte Gasmengen für eigene Geschäfte beziehen. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass der Zwischenhändler Lieferverträge über zentralasiatisches Gas mit EU-Staaten schließen durfte.

Gazproms Interessen

Sowohl Gazprom als auch die politischen Eliten Russlands müssen in der gegenwärtigen Situation ein starkes Interesse daran haben, höhere Gaspreise durchzusetzen. Denn weltweit sind Gaspreise an den Ölpreis gekoppelt und folgen ihm mit einer etwa sechs- bis neunmonatigen Verzögerung. 2008 fiel der Ölpreis von seinem Höchststand im Juli (147 US-Dollar pro Barrel) binnen vier Monaten um fast 100 US-Dollar. Der Verfall der Energiepreise, Georgienkrieg und Finanzkrise haben Gazprom kalt erwischt: Im Frühjahr 2008 noch gemessen an der Börsenkapitalisierung das drittgrößte Unternehmen der Welt, ist der Marktwert des russischen Erdgaskonzerns seitdem um 75 % gefallen, während sich die Auslandsschulden auf ungefähr 50 Mrd. US-Dollar belaufen. Das erschwert nicht nur die Finanzierung des für 2009 geplanten ambitionierten Investitionsprogramms von über 30 Mrd. US-Dollar, sondern droht auch die Balance zwischen subventionierten Preisen auf den russischen und belarussischen Märkten und Exporteinnahmen durcheinander zu bringen. Zudem ist die Produktion seit 2006 rückläufig, weshalb dringend neue Felder erschlossen werden müssen. Kurz, Gazprom braucht kurzfristig Geld, um die Durststrecke bis zum erneuten Ansteigen der Energiepreise zu bewältigen – auch zur Wahrung der Position auf dem Weltmarkt.

Währenddessen ist die Ukraine mengenmäßig der größte Einzelabnehmer Gazproms, wobei in den letzten Jahren ein Hauptteil der Gazprom-Lieferungen an die Ukraine aus Zentralasien kam. Gazprom ist jedoch mit den zentralasiatischen Staaten ab 2009 ebenfalls von einem Festpreis zu variablen an Ölprodukte gekoppelten Preisen übergegangen. Der Grundpreis der Preisformel beträgt hier offenbar 340 US-Dollar pro 1000 m³, die im ersten Quartal 2009 zu zahlen sind. Danach verringert sich der Preis entsprechend der Ölpreisentwicklung in den vergangenen Monaten. Spielraum, der Ukraine niedrigere Preise zuzugestehen, war infolgedessen kaum vorhanden.

Auch die politischen Eliten sind in der gegenwärtigen Situation daran interessiert, dass Gazprom mehr Geld einnimmt. Zum einen brechen die Einnahmen aus Export- und Extraktionssteuer für Erdöl, die 2007 über ein Drittel der Staatseinnahmen ausmachten, sehr rasch ein. Die Gasmärkte haben demgegenüber den Vorteil, langsamer und weniger stark zu reagieren und damit auch gleichmäßige Deviseneinnahmen zu erbringen. Obgleich Gazprom im Vergleich zum Ölsektor nur geringe Extraktions- und Exportsteuern abführt, macht sich deren Ausfall in der gegenwärtigen Lage doch stark bemerkbar. Auch müssen die Eliten ein Interesse am Erhalt Gazproms als finanzkräftigem Unternehmen besitzen, das den Binnenmarkt sowie Belarus und Transnistrien zu subventionierten Preisen beliefern kann.

Außer einem Interesse an höheren Preisen ist Gazprom am Erwerb des ukrainischen Transitnetzes interessiert, um die Exportrouten nach Westeuropa besser kontrollieren zu können und Transitgebühren zu sparen. Gazprom versucht daher schon seit Langem, auflaufende Schulden zu nutzen, um Anteile am ukrainischen Transitnetz zu erwerben.

Die neuen Verträge

Der Übergang von Festpreisen für Erdgas und Transitdienstleistungen auf ein an die Ölpreisentwicklung gekoppeltes Modell, wie es die jetzt geschlossenen Verträge vorsehen, ist grundsätzlich zu begrüßen, da es eine politische Preisbildung verhindert. Beide Verträge sehen eine Laufzeit bis einschließlich 2019 vor.

Schaut man sich die neuen von den Ministerpräsidenten Wladimir Putin und Julia Timoschenko ausgehandelten Verträge genauer an, wird deutlich, dass Gazprom seine Interessen weitgehend durchsetzen konnte, was neuen Konfliktstoff birgt. Eine vergleichende Bewertung bleibt schwierig, da andere Gasverträge der in der Branche üblichen Geheimhaltung unterliegen. Man kann allerdings vermuten, dass Gazprom seinen Informationsvorsprung und Erfahrungsschatz bei der Aushandlung von Verträgen zu nutzen wusste.

Schon kurz nach der Unterzeichnung werden die Vertragskonditionen in der Ukraine in Frage gestellt: Der Sprecher des Präsidenten ließ kürzlich verlauten, Naftohaz-Chef Oleh Dubyna, der kurz nach Abschluss der Verhandlungen einen Herzanfall erlitt, sei bei der Unterzeichnung unter massiven Druck gesetzt worden. Dies stelle die Rechtskraft der Verträge unter Vorbehalt.

- *Liefervertrag.* Die Ukraine zahlt im Grundsatz ab diesem Jahr europäische Preise, die nach einer Formel jedes Quartal neu berechnet werden. Der Vertrag enthält eine *take or pay* Klausel, die die Abnahme und Bezahlung von mindestens 80 % der vertraglich vereinbarten Menge vorsieht. In diesem Jahr will die Ukraine 40 Mrd. m³ von Gazprom einkaufen, ab 2010 sollen es jährlich 52 Mrd. sein. Die vereinbarte Menge kann in Nachverhandlungen nur um 20 % erhöht oder verringert werden. Sollte Naftohaz einmal mit Zahlungen im Verzug sein oder nicht zahlen, kann Gazprom die Lieferung sofort einstellen. Eine ähnliche Regelung findet sich im Transitvertrag nicht. Die Preisformel orientiert sich an den Marktpreisen von Diesel und schwerem Heizöl und geht von einem sehr hohen Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m³ aus. Dies verdeutlicht, dass Gazprom das gegenwärtig noch hohe Preisniveau auf den Gasmärkten nutzen konnte, sich die unnachgiebige Haltung Gazproms im Gasstreit letztlich bei der Vertragsgestaltung bemerkbar gemacht hat.

Für 2009 erhält die Ukraine noch Preisvergünstigungen von 20 %. Die Lieferpreise beziffern sich damit für das erste Quartal 2009 auf 360 US-Dollar und werden bei etwa gleichbleibenden Ölpreisen im zweiten Quartal auf ca. 265 US-Dollar sinken.

- *Transitvertrag.* Als Ausgleich bleiben die Transitgebühren 2009 bei der Vorzugsrate von 1,70 US-Dollar für 1000 m³ pro 100 km. Faktisch sind sie noch niedriger, da Gazprom im Gegenzug für einen bereits gewährten Vorschuss an Naftohaz weitere Ermäßigungen erhält. Ab 2010 berechnet sich der Transitpreis dann nach einer Formel, die an die Entwicklung des im Liefervertrag vereinbarten Gaspreises gekoppelt ist und nicht mehr unter 2,04 US-Dollar fallen kann. Für mittlere Gaspreise bis 280 US-Dollar pro 1000 m³ verbessern sich damit die *terms of trade* der ukrainischen Dienstleistung ab 2010 im Vergleich zu 2008 etwas. Steigen die Gaspreise über 280 US-Dollar ist der Deal für die Ukraine nachteilig, da die Steigerung der Preise für den Transit dann nicht mehr mit der Steigerung des Gaspreises Schritt hält. Wichtig ist, dass man sich auf ein Regime geeinigt hat, dass abgekoppelt von den Lieferverträgen ist und die Preisschwankungen für technisches Gas mit einbezieht.

Beide Verträge enthalten Revisionsklauseln, die Neuverhandlungen erlauben, falls eine der Seiten die Situation auf dem europäischen Gasmarkt als fundamental verändert bewertet. Dabei soll aber der Vertragsrahmen erhalten bleiben.

- Der *Zwischenhändler* RosUkrEnerg wurde aus dem Gasgeschäft ausgeklammert. Er soll angeblich für das Scheitern der Gespräche am 31. Dezember 2008 mitverantwortlich sein, weil er im Geschäft bleiben wollte. Für die Beseitigung von RosUkrEnerg hat die Ukraine jedoch einen hohen Preis gezahlt. Denn die Frage RosUkrEnerg ist eng mit dem *Schuldenproblem* verbunden. Der ukrainische Gasversorger Naftohaz hat sich gemäß einer Zusatzvereinbarung zum Gasvertrag bereit erklärt, die Schulden der RosUkrEnerg gegenüber Gazprom und ihren Tochtergesellschaften in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar zu übernehmen. Woher diese Schulden stammen ist derweil unklar. Um sie bedienen zu können, erhält Naftohaz von Gazprom eine Vorauszahlung für Transportdienstleistungen für die Jahre 2009-2010 in der selben Höhe. Gleichzeitig verpflichtet sich Naftohaz, das Geld ausschließlich für die Schuldentilgung gegenüber Gazprom zu verwenden. So wird Naftohaz in den kommenden Jahren kaum Einnahmen erzielen, da es die Transitgebühren zur Schuldentilgung aufwenden muss.

Die Zukunft von RosUkrEnerg im ukrainischen Endkundengeschäft und die Bedienung ihrer Lieferverträge in EU-Staaten wie Polen oder Bulgarien sind indes ungeklärt. Unklar ist auch, ob Naftohaz die angeblich in ukrainischen Gasspeichern verbliebenen Reserven der RosUkrEnerg übernommen hat. Während

Timoschenko und Naftohaz diese Meinung vertreten, widersprechen Gazprom und der Chef der ukrainischen Zollbehörde dieser Version. Gazprom hat sich derweil über sein Tochterunternehmen Gazprom Sbyt Ukraina den Zugang zum ukrainischen Markt gesichert und darf 25 % des importierten Gasvolumens verkaufen.

Auswertung

Im Ergebnis wird deutlich, dass die Ukraine zwar ihre Position bezüglich der Transitgebühren relativ verbessern konnte, absolut gesehen jedoch Gazprom der Hauptprofiteur des neuen Arrangements ist. Der russische Erdgaskonzern konnte auf Grundlage der hohen Gaspreise und der kompromisslosen Haltung nicht nur eine Preisformel durchsetzen, die auch bei langfristig niedrigem Ölpreis einen hohen Gaspreis in der Ukraine garantiert, sondern auch die Schulden der RosUkrEnerg, an der Gazprom zu 50 % beteiligt ist, an Naftohaz abtreten. Damit stellt das Gazprom-Management sicher, dass die Profite, die zuvor in privaten russischen und ukrainischen Taschen versickert sind, vom ukrainischen Verbraucher noch einmal gezahlt werden – diesmal an andere Gazprom-Töchter.

Damit sehen die kommenden Jahre für die Ukraine und Naftohaz nicht besonders rosig aus. Die höheren Gaspreise können nicht an die Verbraucher weitergegeben werden, was auf die Gewinnmarge drückt. Zudem müssen die Einnahmen aus dem Gastransit der nächsten anderthalb Jahre für die Schuldentilgung aufgewendet werden. Gazprom könnte daher in naher Zukunft die Übernahme des ukrainischen Transitnetzes gelingen, etwa wenn die Ukraine zahlungsunfähig werden sollte. Schon werden daher erste Stimmen aus dem Lager von Präsident Juschtschenko laut, die eine Neuverhandlung der Verträge bis zum Sommer fordern. Und Ministerpräsidentin Timoschenko meint, im nächsten Jahr könne man ja wieder über Preisnachlässe bei den Gaslieferungen verhandeln. Das Unterzeichnen der Verträge sollte daher nicht mit einer Beilegung des Gasstreits verwechselt werden.

Über die Autoren

Jonas Grätz ist Stipendiat der Forschungsgruppe Russland/ GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Der vorliegende Text ist eine ausführliche und aktualisierte Fassung des SWP-Aktuell 3/09 »Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand« der beiden Autoren.

Der neue Gasvertrag: Bedrohung und Risiken für die Ukraine

Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen

Die schärfste Auseinandersetzung in der Geschichte der »Gas-Kriege« zwischen Russland und der Ukraine ist vorüber. Am 19. Januar 2009 wurde das Gasabkommen zwischen dem ukrainischen Energieversorger »Naftohaz Ukrainy« und dem russischen Gaslieferanten »Gazprom« für die Jahre 2009 bis 2019 in Moskau unterzeichnet. Die Ukraine erhält laut Abkommen für das Jahr 2009 eine Ermäßigung von 20% auf den ausgehandelten Gaspreis, der dem mitteleuropäischen entspricht. Die von Russland zu zahlenden Transitgebühren für das russische Gas im Jahr 2009 bleiben jedoch auf dem Niveau von 2008 – 1,7 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km.

Einleitung

Der Streit mit dem russischen Nachbarn hat schon jetzt eine zusätzliche Schwächung der ukrainischen Wirtschaft zur Folge. So stellten aufgrund des Gaslieferstopps das Hafenerwerk Odessa, der Chemiekonzern »Stirol« und andere große Industrieunternehmen die Produktion ein (ihr gemeinsamer Anteil am BIP beträgt etwa 3%). Aber auch russische Unternehmen müssen Verluste hinnehmen: Nach unterschiedlichen Schätzungen belaufen sich die finanziellen Einbußen von Gazprom auf 1,5–2 Mrd. US-Dollar. Die geringeren Deviseneinnahmen haben in Russland bereits zu Abwertungstendenzen geführt. Am 20. Januar brach der Wechselkurs des Rubel alle bisherigen Rekorde – er stieg auf 32,2 Rubel pro Dollar. Gazprom drohen nun millionenschwere Klagen europäischer Gasunternehmen. Am wichtigsten ist jedoch, dass beide Länder einen schweren Imageschaden aus dem Gaskonflikt davongetragen haben. So erklärte der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso, die Verlässlichkeit Russlands und der Ukraine als Partner der EU sei fragwürdig geworden.

Enorme finanzielle Verluste und die Unnachgiebigkeit der Ukraine führten in Moskau zu einer ausgesprochen harten Position in Bezug auf die neuen Gasbeziehungen zur Ukraine. Das unterzeichnete Abkommen hat den fortwährenden politischen Konflikt in der Ukraine bereits verschärft. So kritisierte Präsident Viktor Juschtschenko heftig die von Julia Timoschenko ausgehandelten Verträge. Timoschenko nannte die Vereinbarungen »einzigartig«. Aber wodurch wird das neue Abkommen eigentlich »einzigartig« und welche Auswirkungen hat es auf die Ukraine?

»Einzigartige« Regelungen

Laut Timoschenko besteht die Einzigartigkeit des Gasabkommens darin, dass die Verträge zum ersten Mal direkt zwischen den Energiekonzernen Naftohaz und Gazprom ohne einen Vermittler unterzeichnet wurden. Erstmals ist in diesen Verträgen die Gasbeziehung zwischen Russland und der Ukraine für viele Jahre geregelt. Letztendlich werden die Gaspreise für die Ukraine nach europäischem Muster an die Erdölpreise gekoppelt.

Zweifelsohne ist die Ausschaltung des ominösen Zwischenhändlers »RosUkrEnergO« (RUE) aus dem Gashandel ein ausgesprochen positives Ergebnis für die Ukraine. Allerdings ist nicht nur Timoschenko mit ihrem aktiven Auftreten dafür verantwortlich, sondern auch Gazprom hatte Interesse an dieser Regelung. Mit dem Ziel, die Rentabilität des Pipelineprojekts »Nabucco« zu senken, erhöhte Russland die Preise für Gas aus Zentralasien. Dadurch wurden jegliche Vermittlerdienste unrentabel.

Die Beseitigung des Zwischenhändlers ist aber leider die einzige positive Regelung im Vertrag. Der ausgehandelte Anstieg des Gaspreises auf Marktniveau ab 1. Januar 2009 ist sehr unvorteilhaft für die Ukraine. Der Erdgaspreis soll sich nach einer Preisformel quartalsweise ändern, ausgehend von einem Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m³. Julia Timoschenko versicherte, dieser Basispreis entspräche dem durchschnittlichen europäischen Erdgaspreis für das erste Quartal 2009. Wenn man aber die von Naftohaz bekanntgegebenen Quartalspreise für die Ukraine in durchschnittliche europäische Quartalspreise umrechnet, dann beläuft sich nach dieser Logik der jährliche Durchschnittspreis für Europa auf 316 US-Dollar pro 1000 m³. Gazprom erklärte jedoch vor Kurzem, der jährliche Durchschnittspreis für Europa liege bei 280 US-Dollar. Demzufolge wird das Erdgas für die Ukraine in Zukunft teurer sein als für Europa. Russland kann mit diesem hoch angesetzten Basispreis von 450 US-Dollar die hohen zentralasiatischen Gaspreise ausgleichen und dieses Gas dann gewinnbringend an die Ukraine verkaufen. In jedem Fall hat Russland alles getan, um den größtmöglichen Nutzen aus den Verhandlungen zu ziehen.

Im Grunde ist es Ministerpräsidentin Timoschenko mit allerlei Tricks gelungen, einen relativ günstigen Gaspreis für das laufende Jahr festzuschreiben. Sie verkündete, der jährliche Durchschnittspreis für die Ukraine

werde im Jahr 2009 bei 228,8 US-Dollar pro 1000 m³ liegen. Dafür wird nicht nur der gewährte Rabatt von 20% sorgen. So hat Naftohaz Ukrainy des Weiteren vor, im ersten Quartal 2009, wenn der Gaspreis für die Ukraine am höchsten sein wird (360 US-Dollar pro 1000 m³), nur eine Mindestmenge Erdgas zu kaufen – gerade mal 5 Mrd. m³. Der ukrainische Energiekonzern hat darüber hinaus Anspruch auf 11 Mrd. m³ Erdgas des ehemaligen Zwischenhändlers RosUkrEnergo, das sich derzeit in den ukrainischen Gasspeicheranlagen befindet. Naftohaz Ukrainy kaufte die Schulden von RosUkrEnergo gegenüber Gazprom in Höhe von rund 1,7 Mrd. US-Dollar, konnte diese jedoch wegen finanzieller Engpässe nicht sofort begleichen. Deshalb wurde für die Schuldenbegleichung eine Vorauszahlung Russlands für anfallende Transitgebühren eingesetzt. Nun hat Naftohaz jedoch Probleme im eigenen Land, denn RUE ist nicht bereit seine Eigentumsrechte an den Gasvorräten zu übertragen. Wenn das Geschäft erfolgreich abgewickelt wird, können die 11 Mrd. m³ Gas für lediglich 154 US-Dollar pro 1000 m³ gekauft werden, was nochmals 25 US-Dollar weniger wären als im letzten Jahr.

Alle Abschlüsse zusammengerechnet wird die Ukraine in diesem Jahr jedoch mehr als 9 Mrd. US-Dollar für importiertes Gas bezahlen, während Russland der Ukraine nur etwa 0,6 Mrd. US-Dollar schuldig sein wird – die tatsächliche von Russland zu zahlende Transitgebühr von 2,3 Mrd. US-Dollar verringert sich um die erwähnten 1,7 Mrd. US-Dollar, die Gazprom durch den Schuldenausgleich von RUE an Naftohaz »bezahlt« hat. Die Beibehaltung der Transitgebühren auf Vorjahresniveau und die rasche Angleichung des Gaspreises an den Marktpreis verdeutlichen die Asymmetrie in den abgeschlossenen Verträgen. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass der gewährte Rabatt in Höhe von 20% auf den Gaspreis mit einem Rabatt von rund 60% auf die Transitgebühren verknüpft ist. Dieses Missverhältnis wird auch im nächsten Jahr erhalten bleiben, wenn die Transitgebühren nach der Vertragsformel berechnet werden. Gazprom hat bereits angekündigt, dass der Preis für den Transit bei 2,66 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km liegen wird. Zum Vergleich: Die durchschnittlichen europäischen Transitgebühren liegen bei etwa 4 US-Dollar. Nach Schätzungen ukrainischer Experten müssten die Transitzahlungen auf 5,11 US-Dollar erhöht werden, um die Kosten des Pipeline-Netzes zu decken. Auf diese Weise subventioniert die Ukraine den Transit von russischem Gas.

Im Präsidialsekretariat der Ukraine spricht man ebenfalls von einer Asymmetrie in den Verträgen. Einerseits soll die Ukraine auch im Falle von bilateralen Streitigkeiten den Transit von russischem Gas fortsetzen, während Russland weiterhin das Recht hat, seine Lieferungen im Bedarfsfall zu stoppen. Andererseits muss die Ukraine das importierte Gas nach dem Prinzip »Take-or-pay« (»Nimm oder zahle«) kaufen. Das bedeutet, die Ukraine ist verpflichtet, für die gesamte Menge des gelieferten Gases zu bezahlen, unabhängig von der tatsächlich verbrauchten Menge. Gleichzeitig darf Russland das Transitvolumen beliebig ändern. Hier gilt also ein anderer Grundsatz: »Wir zahlen nur für tatsächlich durchgeleitetes Gas«.

Eine weitere günstige Entwicklung ist für Russland die verstärkte Präsenz von Gazprom auf dem ukrainischen Gasmarkt. Nach den neuesten Vereinbarungen hat die im Frühjahr 2008 gegründete Tochter von Gazprom, »Gazprom sbyt Ukraina«, 25% des ukrainischen Marktes erhalten – das entspricht einem Verkauf von rund 13,5 Mrd. m³ Erdgas. Im Jahr 2008 durfte das Unternehmen nur 7,5 Mrd. m³ Erdgas verkaufen.

Wenn die Ukraine mit ihren Zahlung in Verzug geraten sollte, sieht das Abkommen den Übergang zu 100%-igen Vorauszahlungen vor. Nach Aussage des Präsidialsekretariats hat Russland diese Regelung speziell für die Ukraine entwickelt, denn es gibt kein europäisches Land, in dem eine solche Klausel üblich wäre.

Insgesamt zeigt die Asymmetrie in den Verträgen, dass die politische Komponente in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine auch heute noch eine wichtige Rolle spielt. Wären hier nur wirtschaftliche Interessen wirksam, wären vorteilhafte Ergebnisse für beide Partner Bedingung gewesen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Die Ukraine hat folglich einen langfristigen Vertrag zu sehr ungünstigen Bedingungen unterzeichnet. Dies wird sich auf den schon jetzt beklagenswerten Zustand der ukrainischen Wirtschaft negativ auswirken. In Anbetracht der erhöhten Preise für das importierte Gas muss auch Naftohaz Ukrainy die Preise für alle Verbrauchergruppen auf dem Binnenmarkt anheben. Die ukrainischen Unternehmer hatten jedoch schon im Jahr 2008 aufgrund verschiedener Aufschläge einen Preis von 300–330 US-Dollar pro 1000 m³ Erdgas zu zahlen. Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass das Jahr 2008 auch ein Rekordjahr in Hinblick auf die Preise für Produkte ukrainischer Unternehmen war. So konnte die ukrainische Wirtschaft die hohen Gaspreise trotz allem bezahlen und sogar Profit abwerfen. Wenn aber der Erdgaspreis für die Industrie auf dem hohen Vorjahresniveau stagniert, droht der ukrainischen Volkswirtschaft eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Um dies zu verhindern, müssen die ukrainischen Politiker Naftohaz Ukrainy weiterhin aus dem Staatshaushalt subventionieren. Das Budget für das Jahr 2009 sieht eine Unterstützung für Naftohaz in Höhe von 916 Mio. US-Dollar vor. Im Jahr 2008 wurden für diesen Zweck mehr als 1 Mrd. US-Dollar überwiesen. In Anbetracht der sich

verändernden Bedingungen wird dieser Betrag wahrscheinlich noch einmal erhöht werden. Die benötigten Subventionen steigen aber schon allein aufgrund der Kopplung des Erdgaspreises für die Verbraucher an den amtlichen Wechselkurs seit Ende letzten Jahres. Während Naftohaz von Russland Gas in US-Dollar kauft, vertreibt es die Ware auf dem Inlandsmarkt in ukrainischen Hrywnia. Die Abwertung des Hrywnia führt dann folglich zu einer weiteren Erhöhung der Subventionen. All dies wird den Haushalt zusätzlich belasten.

Für die Ukraine wird es sehr schwer sein, die Rechnungen für das Erdgas fristgerecht zu zahlen. Im Jahr 2008 konnte Naftohaz seine Schulden gegenüber Gazprom nur deshalb zurückzahlen, weil das Unternehmen Kredite von staatlichen Banken bekam. Nachdem Naftohaz bei der Ukrainischen Nationalbank mit einem Schlag fast eine Milliarde US-Dollar kaufte, um damit seine Schulden bei Gazprom zu begleichen, brach der Wechselkurs am Folgetag ein. Wenn sich solche Vorgehensweisen auch in Zukunft wiederholen, ist die weitere Abwertung des Hrywnia und eine steigende Verschuldung der öffentlichen Kassen nicht ausgeschlossen. Außerdem droht der Ukraine bei Zahlungsverzug, wie bereits erwähnt, die Forderung nach Begleichung der Rechnungen im Voraus. Dies würde bedeuten, dass die Ukraine einen bedeutenden Teil des Staatshaushaltes für die Zahlungen an Gazprom bereitstellen müsste, noch bevor Steuern und Abgaben überhaupt eingegangen sind.

Problematisch für die rechtzeitige Bezahlung der Gasrechnungen ist auch die schwierige finanzielle Situation bei Naftohaz. In letzter Zeit befand sich Naftohaz beständig am Rande des Bankrotts. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der finanziellen Lage des Unternehmens durch die Ausschaltung des Zwischenhändlers ist jedoch nicht gerechtfertigt. Selbst nach dem Ausschluss von RUE kann Naftohaz seine Präsenz auf dem Gasmarkt im besten Falle von 50% auf 75% erhöhen (25% sind für »Gazprom Sbyt Ukrainy« reserviert) und damit seine Einnahmen lediglich um ein Viertel erhöhen. Aber selbst diese bescheidene Zunahme der Einnahmen könnte durch eine sinkende Nachfrage nach Gas in den Industrieunternehmen aufgehoben werden. So planen die ukrainischen Industrieunternehmen im Jahr 2009 nur 24 Mrd. m³ Erdgas statt der bisherigen 30 Mrd. zu kaufen. Daher scheint es recht unwahrscheinlich, dass Naftohaz die Einkünfte des letzten Jahres um 7 Mrd. US-Dollar anheben können wird. Des Weiteren bezahlen viele nichtindustrielle Verbraucher ihre Gasrechnungen mit Verzögerung. Ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber Naftohaz für die Jahre 1998 bis 2008 beträgt etwa 800 Mio. US-Dollar. Der Schuldenstand von Naftohaz selbst beläuft sich auf rund 9 Mrd. US-Dollar, wobei rund 2 Mrd. US-Dollar bereits in diesem Jahr zurückgezahlt werden müssen. So steht Ende des Jahres ein riesiges Haushaltsdefizit bei Naftohaz zu erwarten.

Das einzig positive Moment für die Wirtschaft der Ukraine ist folgendes: Aufgrund der hohen Erdgaspreise werden die Ukrainer gezwungen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Energie einzusparen. Die ukrainische Volkswirtschaft ist 2–2,5-mal energieintensiver als die Volkswirtschaften der Europäischen Union. In Reaktion auf die Krise haben einige Stahlunternehmen bereits begonnen, in ihrem Produktionsprozess Erdgas durch Koks zu ersetzen. Wenn die Ukraine zudem in der Lage wäre, ihren Energiebedarf zu verringern, könnte sie in Zukunft das von ihr geförderte Gas nach Europa verkaufen. Russisches Gas kommt dafür nicht in Frage, weil der Re-Export dieses Gases verboten ist.

All diese Tendenzen bestätigen die düsteren Prognosen zur wirtschaftlichen Lage der Ukraine. Die Ukraine hält den Weltrekord beim Sturzflug der industriellen Produktion, der Inflation, der Abwertung der nationalen Währung und beim Rückgang der Aktienindizes. Im neuen UN-Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Welt spricht man deshalb schon von einem wahrscheinlichen Staatsbankrott der Ukraine.

Ein neuer Gasstreit scheint möglich

Zu der beschriebenen Verschärfung des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland zum Jahreswechsel 2008/2009 kam es vermutlich, weil Russland versuchte, das sogenannte »belarussische Szenario« auch in der Ukraine zu realisieren. Vor zwei Jahren haben Belarus und Russland einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Lieferung und den Transit von Gas unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens geht Belarus im Jahr 2011 zu einer europäischen Preisbildung über. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt ein Rabatt-System. Im Gegenzug für die Ermäßigungen erwirbt Gazprom bis zum Jahr 2010 einen 50%-igen Anteil am belarussischen Pipeline-Netz Beltransgaz. Derzeit besitzt Gazprom bereits 25%.

Ursprünglich war auch für die Ukraine ein schrittweiser Übergang zum europäischen Gaspreise innerhalb von drei Jahren vorgesehen. Dieses Ansinnen fand seinen Niederschlag in der Vereinbarung zwischen Putin und Timoschenko vom Oktober 2008. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Putin während der Verhandlungen über den neuen Gas-Vertrag mit der Ukraine in diesem Winter abermals forderte, das ukrainische Pipeline-Netz zu privatisieren oder langfristig zu vermieten. Nach den ukrainischen Rechtsvorschriften aber ist die Privatisierung des Pipeline-Netzes verboten. Darüber hinaus hat das Netz große Bedeutung für die nationale Sicherheit. Und tatsächlich könnte Gazprom mit dem ukrainischen Pipeline-Netz zum Liefer-Monopolisten in

jeder Hinsicht werden. Alle anderen Transitwege für russisches Gas nach Europa werden bereits von Gazprom kontrolliert oder werden in naher Zukunft der Kontrolle des Unternehmens unterworfen. Deshalb wollen die Ukrainer ihr Pipeline-Netz den Russen weder verkaufen noch vermieten. Sogar der Gas-Krieg zu Beginn des Jahres konnte die ukrainische Führung nicht zur Kapitulation vor Gazprom zwingen: Zwar appellierte Putin noch einmal an die Europäer, doch ein internationales Gas-Konsortium zur Kontrolle des ukrainischen Pipeline-Netzes zu bilden, die ukrainische Seite jedoch lehnte diesen Vorschlag erneut ab.

Es ist möglich, dass die Ukraine im Gegensatz zu Belarus gerade aus den genannten Gründen dem beschleunigten Übergang zu europäischen Marktpreisen zugestimmt hat. Damit hat »das belarussische Szenario« seine Relevanz verloren und der Kreml muss nach einer neuen Strategie suchen. Was die »Energie-Waffe« nicht schaffen konnte, kann vielleicht durch eine starke Verschuldung erzielt werden. Für diese Taktik käme die Weltwirtschaftskrise genau zum richtigen Zeitpunkt.

Unvorteilhafte Regelungen im Gasabkommen und der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch der Ukraine erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Gas-Konflikts. Dabei könnten sich die Ereignisse in zwei unterschiedliche Richtungen entwickeln.

Russland hat laut Vertrag das Recht, seine Gaslieferungen an die Ukraine zu stoppen, wenn diese ihre Schulden nicht fristgerecht bezahlt. Dieser Schritt könnte jedoch zu technischen Problemen bei der Durchleitung des Gases nach Europa führen. In diesem Falle würden sich die Ereignisse vom Beginn des Jahres 2009 wiederholen. Der einzige Unterschied wäre, dass alle Schuld an den Lieferausfällen und alle Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme auf die Ukraine übertragen würden. So gerät die Ukraine in die Falle Putins, die in den unterzeichneten Vertrag eingeschrieben ist.

Im zweiten Szenario würde Russland die Gaslieferungen nicht stoppen, sondern erhebliche Schulden und Geldbußen aufaufen lassen. Der Ukraine würde es wahrscheinlich nicht gelingen, die Gas-Schulden mit neuen Krediten zu refinanzieren. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, an dem Gazprom versuchen würde, das ukrainische Pipeline-Netz im Tausch gegen die Schulden zu erwerben. Einen Fall dieser Art gab es bereits: Russland tauschte in den späten 1990er Jahren ukrainische Gas-Schulden gegen einen langfristigen Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte. Um einer derartigen Erpressung zu entgehen, könnte sich die Ukraine Bankrott erklären. Allerdings würde das die Gefahr neuer Gas-Engpässe erhöhen. In diesem Fall würde Putin die Frage eines Gas-Konsortiums sicher wieder auf die Tagesordnung setzen.

Wie sich die Situation auch entwickeln mag, Russland bleibt in jedem Fall der Gewinner.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie ist freie Mitarbeiterin der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009

Von Simon Pirani, Oxford

Ein Wendepunkt

Die bisher beispiellose 13-tägige Aussetzung russischer Erdgasexporte nach Europa vom 7. bis zum 20. Januar 2009 könnte sich als der wichtigste Wendepunkt im europäischen Gashandel der letzten Jahrzehnte erweisen. Russland hatte zwar schon die Lieferungen 2006 an die Ukraine und 2004 und 2007 an Belarus gestoppt, was in Europa Lieferrückgänge bewirkte, aber es hatte nie einen Lieferstopp dieser Größenordnung vorgenommen.

Die Reputation der Ukraine als Transitland ist dauerhaft beschädigt. Obwohl Gazproms wichtigste Geschäftspartner in Europa, die Energiefirmen, weitestgehend die russische Position unterstützt haben, ist Gazproms Reputation als zuverlässiger Erdgaslieferant ernsthaft beschädigt und Spekulationen über die russischen Motive haben sich innerhalb der politischen Kreise der EU verstärkt. Eine Folge des Konfliktes wird sicher eine Beschleunigung von Pipeline-Projekten wie NordStream und SouthStream sein, die den Transit russischen Erdgases unter Umgehung der Ukraine ermöglichen. Europäische Politiker werden wohl außerdem verstärkt Projekte diskutieren, die die Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren.

Die Abkommen die schließlich zwischen Russland und der Ukraine zur Beilegung des Konfliktes unterzeichnet wurden, orientieren sich an einem Memorandum, das von den Ministerpräsidenten der beiden Länder bereits im Oktober unterschrieben worden war. Trotz der Eskalation des Konfliktes im Januar hat es also keine substantiellen Änderungen der jeweiligen Positionen gegeben.

Der Höhepunkt eines langen Prozesses

Der Konflikt vom Januar 2009 ist die bisher schwerste Auseinandersetzung in einem Konflikt, der seit 1991 immer wieder eskaliert ist. Aufgrund der Infrastruktur, die noch aus der Sowjetzeit stammt, sind Russland und die Ukraine in einer Zeit, in der sich andere wirtschaftliche und politische Verbindungen längst gelockert haben, im Gassektor nach wie vor stark aufeinander angewiesen. Vier Fünftel der Erdgas-Exporte Gazproms nach Europa, und damit die Hauptversorgung Europas, fließt durch ukrainische Pipelines. Die ukrainische Industrie, das ukrainische Fernwärmenetz und die ukrainischen Privathaushalte wurden sämtlich auf die Nutzung des ehemals günstigen Sowjetgases hin konzipiert und sind 20 Jahre später immer noch stark auf Gazproms Lieferungen angewiesen, die nun vor allem aus Turkmenistan kommen.

Die Lieferungen nach Europa sind bereits einmal unterbrochen worden und zwar im Januar 2006. Damals forderte Gazprom eine Anhebung des ukrainischen Importpreises auf das europäische Netback-Niveau (das ist das Preisniveau für europäische Kunden abzüglich der Transportkosten jenseits der Ukraine). Darüber hinaus wollte Gazprom den Gastransport durch die Ukraine künftig mit Geld bezahlen und so den größten noch aus Sowjetzeiten stammenden direkten Tauschhandel (Transit gegen Gas) beenden.

Das Abkommen, durch das der Konflikt 2006 beigelegt wurde, war für Gazprom insofern günstig, als es den direkten Tausch genauso beendete wie direkte Verhandlungen der Ukraine mit zentralasiatischen Lieferländern, vor allem Turkmenistan. Seither hat Gazprom sämtliches Gas, das aus Zentralasien nach Westen befördert wird, gekauft und den größten Teil davon an RosUkrEnergo, eine Schweizer Handelsgesellschaft, weiterverkauft, die Gazprom (50 %) sowie den ukrainischen Unternehmern Dmitri Firtasch (45 %) und Iwan Fursin (5 %) gehört. (Rosukrenergo war das letzte einer ganzen Reihe von Zwischenhandelsunternehmen, über die Gazprom zentralasiatisches Gas in die Ukraine transportierte und/oder es an sie weiterverkaufte. Siehe dazu auch den Beitrag von Margarita Balmaceda in der vorliegenden Ukraine-Analyse.) Rosukrenergo verkaufte das Gas dann wieder in der Ukraine weiter. Die negative Seite des Abkommens war aus der Sicht von Gazprom, dass die ukrainischen Importpreise weit unter dem europäischen Netback-Niveau blieben. Und während Gazprom 2007 in Belarus 50 % des Pipeline-Unternehmens übernehmen konnte, weigerte sich die Ukraine, einen auch nur teilweisen Verkauf ihrer Pipeline-Infrastruktur an Gazprom in Erwägung zu ziehen.

Als Julia Timoschenko, die selber in den 1990er Jahren eine der größten ukrainischen Erdgashandelsfirmen betrieben hatte, im Dezember 2007 wieder Ministerpräsidentin wurde, schien ein erneuter Konflikt wahrscheinlich. Sie war entschlossen, RosUkrEnergo und dessen Teilhaber Firtasch aus dem Gashandel auszuschließen. Das führte zu einem kurzen »Gas-Krieg« im März 2008. In seinem Verlauf deutete Russland an, dass es bereit sei, sich zum Jahresende von Firtasch zu trennen und der Konflikt wurde beigelegt.

Eine Übereinkunft: so nah und doch so fern

Im Oktober sah es so aus, als ob Russland und die Ukraine bereit seien, ihre Gasbeziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Ministerpräsidentin Timoschenko und ihr russischer Amtskollege Wladimir Putin unterzeichneten ein Memorandum, welches vorsah, dass sowohl für die Importpreise als auch für die Transittarife innerhalb von drei Jahren ein »wirtschaftliches und marktbasierendes« Niveau (womit das europäische Netback-Niveau gemeint war) erreicht werden sollte. Gazprom sollte zentralasiatisches Gas direkt an die staatliche Naftohaz Ukrainy verkaufen (womit der Zwischenhändler RosUkrEnergo seine lukrativen Transitverträge verlieren würde) und Tochterfirmen von Gazprom sollten Zugang zum ukrainischen Binnenmarkt für Erdgas erhalten. Das durch eine Vereinbarung zwischen Gazprom und Naftohaz flankierte Abkommen sollte unterzeichnet werden, sobald die Ukraine ihre Gasschulden beglichen hätte.

Warum ging alles schief? Das Abkommen kam nicht zustande, erstens, weil die Ukraine ihre Schulden nicht wie vereinbart umgehend beglich und, zweitens, weil beide Seiten sich nicht darauf einigten, wie die europäischen Netback-Preise genau erreicht werden sollten. Es gab mächtige wirtschaftliche Faktoren, die den Streit bestimmten. Im Juli 2008 erreichten die Ölpreise eine einzigartige Höhe, im Spätsommer gingen sie zurück; nach dem finanziellen Zusammenbruch der Wall Street im September stürzten sie vollends in den Keller. Der russische Ölboom war vorbei. Die europäischen Gaspreise sind (indirekt über Ölprodukte) an die Ölpreise gebunden, allerdings mit einer Verzögerung von sechs bis neun Monaten. Gazprom wusste also, dass auch seine Einnahmen aus Europa um die Jahresmitte 2009 einbrechen würden. Seine Manager waren nicht in der Laune, eine einzige Kopeke aufzugeben.

Die kommende Rezession trifft die Ukraine sogar noch stärker als Russland, wie der IWF feststellte, der ihr einen Rekordkredit von 16,5 Mrd. US-Dollar gewährte. Der Preis für Stahl, das Hauptexportprodukt der Ukraine, ist gesunken; die meisten ukrainischen Stahlhütten verzeichnen einen Produktionsrückgang von bis zu 50 % und einen noch stärkeren Rückgang der Umsätze. Die ukrainische Industrieproduktion ist im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 26,6 % gesunken. Paradoxerweise verschafften diese Umstände der Ukraine in Bezug auf das Gas Handlungsspielraum. Die hinsichtlich ihres Energieverbrauchs ineffizienteste Volkswirtschaft der Welt schrumpfte und benötigte so zum ersten Mal im laufenden Jahrzehnt weniger Gas. Das milde Wetter zum Jahresende tat ein Übriges. Naftohaz hatte eine Reserve von 17 Mrd. m³, etwa ein Drittel des jährlichen ukrainischen Importbedarfs. Einige Politiker haben möglicherweise entschieden, dass dies der beste Zeitpunkt für einen ausgedehnten Konflikt mit Russland sei.

Die Ukraine hat bis zum 31. Dezember ihre Schulden aus den Importen des abgelaufenen Jahres nicht bezahlt (nach eigenen Angaben 1,5 Mrd. US-Dollar, nach russischen 2,2 Mrd. inklusive Strafgebühren). Zusammen mit dem Geld schickte Naftohaz einen Brief, in dem es ankündigte, wie 2006 bereits, auch jetzt für europäische Kunden bestimmtes Transitgas für eigene, ukrainische Kunden abzuzweigen, sollten die Lieferungen an die Ukraine eingestellt werden. Gazprom hatte bereits seit zwei Wochen öffentlich gedroht, der Ukraine die Zufuhr abzustellen. Am 1. Januar 2009 geschah genau das.

Wie Europa in den Konflikt gezogen wurde

Sogar in diesem Stadium schien eine Einigung noch nah. Am 31. Dezember erklärte Putin, sie solle durch Importpreise von 250 US-Dollar pro 1000 m³ erzielt werden. Am 1. Januar schlugen Timoschenko und Juschtschenko in einer seltenen Demonstration von Einigkeit 201 US-Dollar pro 1000 m³ und einen höheren Transittarif vor.

Es bestand jedoch keine große Bereitschaft, die praktischen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Naftohaz versprach, Gas nach Europa zu transportieren, obwohl die eigenen Importe eingestellt waren. Hinzugefügt wurde jedoch der rechtliche Vorwand, solange keine neuen Verträge unterzeichnet seien, könne man kein technisches Gas (also das Gas, das für den Betrieb von Kompressoren und anderen technischen Geräten benötigt wird) liefern, wie es Transitländer üblicherweise tun. Man werde dieses Gas vom russischen Gas abzweigen. Gazprom konterte und bezeichnete ein solches Vorgehen als »Diebstahl« und um keinen Deut besser als das primitive Anzapfen in den 1990er Jahren.

Mit der Begründung, die Ukraine solle das ungerechtfertigt entnommene technische Gas ersetzen, reduzierte Gazprom am 5. Januar die in die Pipelines geleitete Gasmenge um ein Fünftel und am 6. um drei weitere Fünftel. In den frühen Morgenstunden des 7. Januar wurde das Pipeline-System komplett abgestellt und die russischen Einspeisungen endeten. Beide Seiten geben sich gegenseitig die Schuld: Russland erklärt, die Ukraine hätte die Lieferungen nicht mehr angenommen, die Ukraine behauptet, Russland habe diese eingestellt. Weder Außenstehende noch viele Insider aus der Industrie kennen bisher die wirkliche Ursache. In den folgenden Tagen wurde jedoch deutlich, dass beide Seiten damit zufrieden waren, den Streit auszusitzen, wie viele Haushalte auf dem Balkan dabei auch immer einfroren.

Die Europäische Kommission, die sich vor dem 6. Januar noch heraus gehalten hatte, rief nun beide Seiten nach Brüssel und schlug vor, Beobachter an Gasmessstationen zu entsenden. Diese sollten helfen, weiteren Streit darüber zu vermeiden, welches Gas wohin geht. Ein Vertrag wurde aufgesetzt; als Timoschenko diesen jedoch unterzeichnete, fügte sie eine Liste mit Bedingungen an, von denen sie wusste, dass Gazprom ihnen nicht zustimmen konnte. Am 13. Januar willigte Gazprom ein, Gas durch eine der wichtigsten fünf Pipelines zu schicken, die Ukraine erklärte jedoch, dieses nicht transportieren zu können, ohne die Versorgung im eigenen Land zu unterbrechen. Am nächsten Tag, an dem Demonstranten in Sofia mit der Polizei zusammengestoßen waren, kamen die Unterhändler überein, sich zu treffen ... drei weitere Tage später. Am 19. Januar verkündeten beide Seiten, der Konflikt sei beigelegt. Gazprom und Naftohaz unterzeichneten zwei 10-Jahres-Abkommen, eines über die Gaslieferungen an die Ukraine und eines zur Regelung des Transits. Die russischsprachige Version der Abkommen wurde Journalisten zugespielt und auf der Internetseite der ukrainischen Zeitung *Ukrainska Prawda* (<http://pravda.com.ua>) am 22. Januar veröffentlicht. Die zentralen Punkte sind:

- Der Preis für Erdgasimporte der Ukraine wird, in Anlehnung an die Formel für europäische Erdgaspreise, an den europäischen Preis für Erdölprodukte gekoppelt, wobei allerdings auf die für europäische Kunden vorgesehene Zeitverzögerung von sechs bis neun Monaten verzichtet wird. Die Ukraine wird 2009 einen Preisnachlass von 20 % erhalten und ab 2010 den vollen Preis bezahlen, was bedeutet, dass das europäische Netback-Niveau ein Jahr früher erreicht wird, als von den beiden Seiten letztes Jahr vorgesehen.
- Das Abkommen sieht ein monatliches Vorauszahlungsregime vor, falls Naftohaz wieder in Zahlungsverzug gerät. Dies zeigt das größte Problem: Der Ukraine wird es schwer fallen, die Importe zu bezahlen.
- Die Ukraine wird 2009 nur insgesamt 40 Mrd. m³ Erdgas importieren, deutlich weniger als der Durchschnittswert der Jahre 2004 bis 2008, der bei 52 Mrd. m³ lag. Ministerpräsidentin Timoschenko hat allerdings erklärt, dass die Ukraine separat noch einmal 11 Mrd. m³ kaufen werde. Die Details sind unklar, es könnte sich aber um Gas handeln, das von RosUkrEnergio in ukrainische Erdgasspeicher eingespeist wurde.
- Die hundertprozentige Gazpromtochter Gazprom-Sbyt Ukraina wird mindestens 25 % des importierten Gases innerhalb der Ukraine vermarkten und so ihren Marktanteil ausweiten.
- Der ukrainische Erdgasimport erfolgt direkt zwischen Gazprom Export und Naftohaz Ukrainy. RosUkrEnergio wird damit aus dem ukrainischen Erdgasimport ausgeschlossen. Der Teileigner von RosUkrEnergio, Dmitri Firtasch, erklärte allerdings in einem Zeitungsinterview, dass RosUkrEnergio weiterhin auf dem ukrainischen Erdgasmarkt präsent bleiben werde und dieses Jahr auch mindestens 7 Mrd. m³ Erdgas an Ungarn, Polen und Rumänien liefern werde.
- Der ukrainische Transittarif bleibt dieses Jahr unverändert bei 1,70 US-Dollar pro 1000 m³ für 100 km, was ukrainischen Einnahmen von 2,35 Mrd. US-Dollar entsprechen soll. Anschließend werden die Transittarife nach einer Formel bestimmt, die ungefähr westeuropäischen Modellen entspricht.

Motivationen

Während des Konflikts befanden sich die Gaspreise auf einem Höchststand und Gazprom büßte pro Tag fast 100 Mio. US-Dollar an Einnahmen nach Abzug der Kosten ein. Das Unternehmen hat beim Internationalen Schiedsgericht in Stockholm mehrere Verfahren gegen Naftohaz eingeleitet, doch wenn überhaupt, dann wird es Jahre dauern bis Gazprom auf diese Weise Geld zurückbekommt. Die noch nie da gewesene Unterbrechung der europäischen Versorgung hat Gazprom allerdings mehr als nur Geld gekostet. Sein Ruf als verlässlicher Lieferant ist wahrscheinlich dauerhaft beschädigt – er war durch häufig schlecht informierte Kommentatoren, die russisches Gas hauptsächlich als geopolitische »Waffe« ansehen, ohnehin bereits unter Dauerbeschuss geraten.

Was hat Moskau dazu bewogen, einen dermaßen kostspieligen Konflikt in die Länge zu ziehen? Offensichtlich ist auf Regierungsebene entschieden worden, dass die Auseinandersetzung mit der Ukraine und in gewisser Weise auch ihre Bestrafung es wert ist, eine Menge aufs Spiel zu setzen. Dabei kann es nicht einfach nur um Gaspreise gehen. Die Spanne zwischen Putins 250 und Juschtschenko/Timoschenkos 201 US-Dollar pro 1000 m³ beträgt etwa 2 bis 2,5 Mrd. US-Dollar Jahreseinnahmen, die noch mit Händlern und zentralasiatischen Produzenten geteilt werden müssen – im Vergleich zu 30 bis 40 Mrd. US-Dollar aus Verkäufen nach Europa.

Einer plausibleren Interpretation zufolge gibt es in der russischen Regierung Personen, die sich von der Involvierung Europas in den Konflikt die Etablierung eines neuen Modus Operandi bezüglich des ukrainischen Pipelinesystems erhoffen. Ein hoher Anteil dessen, was Europäer üblicherweise als russisches Lieferisiko bezeichnen, ist tatsächlich ein ukrainisches Transitrisko und das bereitet Moskau Sorgen. Die Bereitschaft der Ukraine, für Europa bestimmtes Gas abzuzweigen – wie 2006 geschehen – war in den Verhandlungen ein

Trumpf. Auf der einen Seite stießen russische Vorschläge, die Ukraine solle zur Bezahlung ihrer Gasschulden die Kontrolle über das System abgeben, wie es Belarus getan hat, auf eine generelle und verständliche Opposition in Kiew. Auf der anderen Seite schaffte es Naftohaz nicht, Geld zur Modernisierung des Systems aufzubringen und kämpft schon damit, es nur in Stand zu halten.

Als Reaktion auf ein ihnen unüberwindlich scheinendes Hindernis schoben die Gazprom-Manager nach 2006 vor allem Projekte wie die North Stream und die South Stream-Pipelines an, die auf eine Reduzierung der Transitabhängigkeit von der Ukraine abzielen. Diese werden jedoch frühestens in drei Jahren fertig sein und auch dann die Ukraine als Transitland nicht vollständig überflüssig machen. Moskau favorisiert nach wie vor die Kontrolle über das ukrainische Netz. Davon abgesehen hofft es auf ein stärkeres europäisches Engagement bei den Transitfragen. Putin belebte kürzlich in einem Interview die Idee eines internationalen Konsortiums zur Übernahme des ukrainischen Pipeline-Systems wieder. Und die Spitzen deutscher und italienischer Energiekonzerne, die wichtigsten europäischen Partner von Gazprom, trafen am 15. Januar mit Putin zusammen, um eine Lösung des heiklen Punktes technisches Gas zu diskutieren.

Wie steht es um die Oligarchen, die in Russland und der Ukraine so bekannten politisch einflussreichen Unternehmer? In der Presse findet sich häufig die Behauptung, dass, während die öffentliche Aufmerksamkeit hauptsächlich den Regierungen gilt, »der wirkliche Kampf um die Verteilung [der Gaseinnahmen] viel diskreter zwischen ein paar Oligarchen in Moskau und Kiew ausgetragen wird«, wie es ein Kommentar der *Financial Times* vom 6. Januar formuliert. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, dass die ukrainischen Gas-Oligarchen eine ausreichende Bedeutung für die russische Regierung oder genügend Einfluss auf sie haben, um einen Zusammenstoß dieses Ausmaßes provozieren zu können.

Nehmen wir Dmitri Firtasch, den wichtigsten von ihnen. Seine Geschäfte sind relativ undurchsichtig, genauso seine politischen Verbindungen. Seine Haupteinnahmequellen sind jedoch bekannt. Selbst wenn RosUkrEnergo den Vertrag zum Import zentralasiatischen Gases in die Ukraine verliert – was bei einer Implementierung der am 19. Januar unterzeichneten Abkommen der Fall wäre – dürfte es weiterhin mehr als 7 Mrd. m³ zentralasiatisches Gas pro Jahr (extrem profitabel) nach Mittelosteuropa verkaufen und (eher unprofitabel) regionale Gasverteilungsnetze in der Ukraine erwerben. Firtaschs Unternehmen produzieren auch Chemikalien und verkaufen Gas und Elektrizität in Mittelosteuropa. All das ist bedeutsam – jedoch kein Grund für Gazprom, seine Einnahmen aus Europa aufs Spiel zu setzen.

Folgen

Die unmittelbarste Folge des Streits wird wohl die Beschleunigung des North Stream, des South Stream und anderer Projekte mit dem Ziel der Diversifizierung des russischen Gastransits um die Ukraine herum sein. Gazprom hat darüber mit europäischen Energieunternehmen bereits Einigkeit erzielt, der Bau hat allerdings noch nicht begonnen. Europäische Politiker werden vermehrt über alternative Lieferquellen zu Russland und über alternative Energien diskutieren. Solche Pläne werden allerdings durch den Einfluss der europäischen Energiekonzerne begrenzt werden, die eine Fortführung ihrer langjährigen Beziehungen mit Gazprom großen Investitionen in neue unsichere Energiequellen vorziehen werden.

Für die Ukraine sind viele Probleme ungelöst geblieben. Während der nächsten zwei bis drei Jahre, in denen es unter der Weltwirtschaftskrise leiden wird, wird das Land Schwierigkeiten haben, seine Erdgasimporte zu bezahlen. Danach, wenn die alternativen Transitpipelines in Betrieb genommen werden, werden die ukrainischen Pipelines für Russland an Bedeutung verlieren. Dann sind sie für die Ukraine auch nur noch ein kleiner Trumpf. Im besten Fall wird die Ukraine ernsthaft Energiesparmaßnahmen umsetzen, was der einzig effektive Weg für sie ist, um die Abhängigkeit von importiertem Gas langfristig zu reduzieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Simon Pirani ist Senior Fellow im »Natural Gas Programme« am Oxford Institute for Energy Studies. Er hat ein umfangreiches Arbeitspapier zur ukrainischen Erdgaswirtschaft (*Ukraine's Gas Sector*, OIES, 2007) und eine historiographische Monographie (*The Russian Revolution in Retreat, 1920–24*, Routledge, 2008) verfasst.

Lesetipps:

- Simon Pirani (ed): *Russian and CIS Gas Markets and Their Impact on Europe* (Oxford University Press, erscheint im Februar 2009)
- Simon Pirani, Jonathan Stern, Katja Yafimava: *The Russo-Ukrainian Gas Dispute of January 2009* (OIES, erscheint im Februar 2009)

Zwischenhändler und die innerukrainische Dimension des Gaskonflikts

Von Margarita M. Balmaceda, Cambridge, MA

Zusammenfassung

Der Erdgasstreit zwischen Russland und der Ukraine, der im Januar 2009 erneut eskalierte, ist nicht nur ein wirtschaftlicher und außenpolitischer Konflikt. Er wirft auch ein Schlaglicht auf politische Konflikte, informelle Netzwerke und Korruption im ukrainischen Energiesektor, ohne deren Verständnis die Konflikte der letzten Jahre nicht wirklich zu verstehen sind.

Einleitung

Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat viele Ursachen. Die Energiepolitik ist zum Beispiel ein ausgezeichnetes Beispiel für die Schwierigkeit der Ukraine, ein spezifisch »ukrainisches«, von Russland verschiedenes Nationalinteresse zu formulieren. Der aktuelle Streit hängt auch damit zusammen, dass die ukrainischen Eliten lange Zeit die Herausforderungen der Energieabhängigkeit nicht ganz begriffen haben. Außerdem hat der Konflikt aber mit einer Interessensstruktur zu tun, die durch die vielfältigen Möglichkeiten der Korruption und des Rentseekings, d. h. der Erzielung von Gewinn durch staatliche Unterstützung, geprägt ist.

Die Korruption im ukrainischen Energiesektor als Schlüsselproblem

Besonders während der Präsidentschaft Leonid Kutschmas (1994–2005) boten die Transaktionen auf dem Energiemarkt denen, die über die richtigen Verbindungen verfügten, reichhaltige Möglichkeiten trotz der Wirtschaftskrise immense Gewinne zu erzielen. Zugrundeliegende Mechanismen waren die Preismanipulationen im direkten Tauschhandel, die Wiederausfuhr von russischem Öl und Gas, das zu Vorzugspreisen erworben worden war, die Abgabe der Zahlungsverantwortung an den Staat und die Beteiligung an dem de facto-»Diebstahl« von Gazprom-Gas aus Transit-Pipelines.

In all diesen potenziellen Rentseeking-Bereichen wurden Gewinne nicht in erster Linie auf Kosten von Gazprom oder des russischen Staats gemacht, sondern schädigten den ukrainischen Staatshaushalt und die ukrainische Wirtschaft. Die Korruption im Energiesektor stand der Fähigkeit der Ukraine, sich auf eine vorausschauende Energiepolitik zu einigen und diese umzusetzen, im Weg, und zwar genau in dem Moment, in dem Russland begann, seinen Druck in diesem Bereich zu steigern. Während der ukrainische Staat als Ergebnis der Korruption auf dem Binnenmarkt Geld verlor, blieben die offiziellen Gaspreise, die die Ukraine für Importe aus Russland zahlte, verhältnismäßig gering und weitgehend stabil: Bis 2005 beglich die Ukraine Gaslieferungen aus Russland hauptsächlich durch Transitleistungen (was die Entstehung eines erheblichen Schuldenproblems jedoch nicht verhinderte).

Trotz Viktor Juschtschenkos Kampagne gegen das Erbe der Korruption aus der Kutschma-Ära blieb das Energiegeschäft unter seiner Führung ein wesentlicher Bereich von Rentseeking, Korruption und der Konkurrenz zwischen »Clans«. Julia Timoschenkos Entlassung als Ministerpräsidentin im September 2005 wird so auch auf die Einmischung ihres Teams in die, der Umgebung Juschtschenkos zugeschriebenen, Rentseeking-Aktivitäten im Energiesektor zurückgeführt.

Das russisch-ukrainische Abkommen von 2006

Nach einem dreitägigen Lieferstopp, der Europa einen Schauer über den Rücken gejagt hatte, einigten sich Russland und die Ukraine am 4. Januar 2006 auf ein Abkommen zum Erdgashandel. Man muss Inhalt und Folgen dieses Abkommens verstehen, um zu begreifen, was bei den Verhandlungen von 2008/2009 auf dem Spiel stand.

Nach 2006 wurde das russisch-ukrainische Energiegeschäft nicht transparenter. Ein Grund dafür war die gestärkte Rolle der Zwischenhändler. In den 1990er und den frühen 2000er Jahren wurden an Zwischenhändler (wie ITERA und Eural Trans Gas) große Summen für die Organisation des Transports von zentralasiatischem Gas durch Russland in die Ukraine gezahlt. Durch das neue Abkommen von 2006 war das Unternehmen RosUkrEnerg, 2004 als in der Schweiz registriertes Jointventure von Gazprom und der österreichischen Firma Centragas gegründet, nicht mehr nur Transporteur, sondern auch Betreiber sämtlicher ukrainischer Gasimporte aus Zentralasien und Russland. Dadurch gewann es viel Macht dazu.

Auf dem ukrainischen Gasmarkt brachte das Abkommen von 2006 einen neuen Zwischenhändler hervor, UkrHazEnergo. UkrHazEnergo wurde im Februar 2006 als Jointventure gegründet und bekam das Recht, Industrieverbraucher in der Ukraine direkt mit Gas zu beliefern. Dem staatlichen Energieunternehmen Naftohaz wurden damit die stärksten und zahlungskräftigsten einheimischen Kunden weggenommen. Im Ergebnis behielt UkrHazEnergo seine Gewinne zurück, während Naftohaz seine wichtigste Gewinnquelle verloren hatte und darüber hinaus auch noch vertraglich verpflichtet war, Fernwärmeunternehmen und – oftmals zahlungsunfähige – lokale Verbraucher zu beliefern. Das Unternehmen geriet gefährlich nah an den Bankrott.

Abgesehen von der gewachsenen Macht der Zwischenhändler schadete das neue Abkommen den ukrainischen Interessen auch indem es die Ukraine bis 2010 zwang, im Vergleich zu EU-Staaten niedrige Transitgebühren zu akzeptieren. Die Gaspreise hingegen sollten jedes Jahr neu verhandelt werden. Darüber hinaus verkleinerte sich mit den Abkommen von 2006 für die Ukraine die Möglichkeit der Diversifizierung ihrer Gaslieferungen, da sie vertraglich an einen einzigen Lieferanten (RosUkrEnergo) gebunden blieb, der wiederum an Russland gebunden war. Und das unabhängig davon, ob das Gas tatsächlich aus Russland, Zentralasien oder beiden Regionen kam.

Dementsprechend war das Erbe der Abkommen von 2006 zu einem guten Teil dafür verantwortlich, dass 2008, als neue Verhandlungen über Preise und Handelsbedingungen aufgenommen wurden, keine alle Beteiligten zufrieden stellenden Übereinkunft gefunden werden konnte.

Die Verhandlungen von 2008 und die Rolle der Zwischenhändler

Die Energiebeziehungen zwischen der Ukraine und Russland waren schon Ende Februar 2008 sehr angespannt, normalisierten sich jedoch nach Timoschenkos Verhandlungen am 12. März 2008 in Moskau wieder. Grundsätzlich wurde beschlossen, Zwischenhändler auszuschalten: UkrHazEnergo (ab dem 1. März 2008) und RosUkrEnergo (»einige Monate später«). Die russische Seite stimmte dem zu, verlangte im Gegenzug allerdings eine Preiserhöhung und als Ersatz für die Ausschaltung von UkrHazEnergo bekam Gazprom das Recht, bis zu 7,5 Mio. m³ Gas direkt an die ukrainische Industrie zu verkaufen.

Einigen Unsicherheiten über diese Verträge zum Trotz (sie wurden von Präsident Juschtschenko in Frage gestellt und teilweise durch ein neues Vertragspaket ersetzt, das er am 19. März 2008 unterzeichnete) schienen die Energiebeziehungen mit Russland in den folgenden Monaten relativ reibungsfrei zu verlaufen. Die Diskussionen um RosUkrEnergo verstummten und die Öffentlichkeit nahm an, dass das Unternehmen seine Rolle als Zwischenhändler Ende 2008 aufgeben werde. Doch Anfang April 2008 wurde dann bekannt, dass RosUkrEnergo Zwischenhändler bleiben würde.

Ein weiteres Treffen zwischen Putin und Timoschenko Anfang Oktober 2008 erneuerte die Hoffnung, dass die Ukraine wieder direkt von Gazprom Gas kaufen würde und die Preise allmählich auf Marktniveau ansteigen würden. Von einem Besuch des Naftohaz-Chefs in Moskau am 11. November 2008 erwartete man Grundsatzvereinbarungen in dieser Richtung. Aus Gründen, die unklar blieben, war das Resultat des Besuchs das genaue Gegenteil: kein Abkommen und die Verschärfung der Position Gazproms gegenüber Naftohaz, von dem es nun die Rückzahlung einer höher als bisher veranschlagten Schuld verlangte (2,4 Mio. US-Dollar, von denen Naftohaz nur 1,3 Mio. US-Dollar an RosUkrEnergo anerkannte). Als Alternative zu einer sofortigen Zahlung schlug Gazprom der Ukraine vor, die Schulden entweder 2009 in Form von Transitleistungen zu begleichen (2,4 Mio. US-Dollar entsprechen dem Wert von Transitleistungen für 14 Monate) oder das aktuelle Modell mit RosUkrEnergo beizubehalten. Die Ukraine lehnte beide Möglichkeiten ab. Von da an begann die Situation schnell sich zu verschärfen.

Dieser kurze Überblick über die Ereignisse des Jahres 2008 zeigt, dass es in den Verhandlungen mit Russland auch um die gewinnträchtige Rolle der Zwischenhändler ging. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die Gewinne von RosUkrEnergo aus der Wiederausfuhr russischen Gases 2006 bei schätzungsweise 2,25 Mio. US-Dollar und 2007 bei etwa 2,9 Mio. US-Dollar lagen.

Auch ohne Insiderwissen kann geschlussfolgert werden, dass »jemand« die Erfüllung der Abkommen nicht wollte. Laut Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sind RosUkrEnergo und seine Partner in der Ukraine, insbesondere die Mitglieder der Partei der Regionen Juri Boiko, Dmitri Firtasch und Serhii Lewkoschkin, die Hauptschuldigen. Laut Boiko war das Hauptproblem dagegen ein Timoschenko nahe stehendes Zwischenhandelsunternehmen (siehe *Radio Svoboda*, Ukrainian Service, 13. Januar 2009). Wir haben nicht genug Anhaltspunkte, um Timoschenkos oder Boikos Versionen unterstützen zu können. Der Umstand, dass solche Akteure die ukrainische Energiepolitik für ihre Rentseeking-Modelle als Geisel nehmen können, behindert die Lösung des Konflikts jedoch in erheblichem Maß.

Der Streit zwischen Juschtschenko und Timoschenko als weiteres Hindernis

Auch wenn Juschtschenko und Timoschenko während der Krise selbst eine gemeinsame Erklärung abgaben, eine gemeinsame Position vertraten und sich auch bemühten, die Glaubwürdigkeit des anderen nicht öffentlich zu unterlaufen, hat der lang anhaltende und tiefe Konflikt zwischen ihnen sowie das Fehlen klar getrennter Aufgabenfelder und Kompetenzen zweifellos zu der Krise beigetragen. 2008 verkomplizierte die fehlende Klarheit darüber, wer für die Verhandlungen mit Russland verantwortlich war, die Situation und es kann kaum überraschen, dass Moskau nicht bereit war, über die Modalitäten des Gashandels zu entscheiden, solange nicht geklärt war, wer der Gesprächspartner in Kiew ist.

Noch problematischer war die Uneinigkeit von Präsident und Ministerpräsidentin über politische Interessen und Präferenzen der Energiepolitik. Typisch war bei jeder dieser Konfrontationen, dass Timoschenko die Umgebung des Präsidenten beschuldigte, korrupte Pläne unter Beteiligung ausländischer Unternehmen zu unterstützen – ein Zeichen des wachsenden Misstrauens zwischen beiden Seiten in Energiefragen.

Die Notwendigkeit größerer Transparenz

Eine Konsequenz, die aus diesem Konflikt gezogen werden muss, ist die Notwendigkeit größerer Transparenz. In der Tat stellen Korruption und die fehlende Transparenz auf den ukrainischen Gasmärkten die größte Bedrohung für die Entwicklung einer sinnvollen Energiepolitik in der Ukraine dar. Sie haben viel zu einer »Ukrainemüdigkeit« beigetragen, mit der das Interesse des Westens, die Ukraine während der Krise zu unterstützen, stark zurückging.

Das Fehlen eines vollkommen transparenten Gashandelssystems wird in der EU und anderen westlichen Staaten sogar noch grundsätzlicher als Anzeichen dafür gewertet, dass die Ukraine nicht in der Lage ist, die Herausforderungen, denen sie in der Energiepolitik gegenübersteht, erfolgreich zu meistern. Werden diese Themen nicht entschieden angegangen, dann gibt es keine Garantie dafür, dass es trotz der jetzt beschlossenen Ausschaltung der Zwischenhändler nicht zu einer ähnlichen Krise kommt, bevor wir uns von dem kalten Winter 2009 erholt haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin:

Margarita M. Balmaceda ist Associate Professor an der John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations an der Seton Hall University in South Orange, New Jersey und assoziierte Mitarbeiterin des Harvard Ukrainian Research Institute an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts.

Lesetipps:

- Margarita M. Balmaceda, »Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union: Russia's Power, Oligarch's Profits and Ukraine's Missing Energy Policy«, 1995–2006 (London: Routledge, 2008).
- Margarita M. Balmaceda, »Corruption, Intermediary Companies, and Energy Security: Lessons of Lithuania for the Broader Central-East European Region«, in: Problems of Post-Communism, Vol. 55, Nr. 4, Juli/August 2008, S. 16–28.

Europas Handlungsspielraum

Von Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Der russisch-ukrainische Gasstreit führte zu einem knapp zweiwöchigen Lieferstopp der Erdgaslieferungen von Russland durch die Ukraine nach Europa. Länder Südosteuropas waren fast komplett von Lieferausfällen betroffen. Die Folgen des vordergründig kommerziellen Streits sind ungeheuerlich und präzedenzlos. Beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU abgeschlossen haben, verstoßen. Im Laufe des Konflikts sah sich die EU gezwungen, sich zunehmend zu engagieren, und wenn nicht Partei zu ergreifen, so doch eine klare Position zu beziehen. Dieser Artikel lotet aus, wie weit der europäische Handlungsspielraum reicht und welche Mittel Europa nun nach Beendigung des akutellen Streits zur Lösung der grundlegenden Konflikte und ihrer Ursachen zur Verfügung stehen. Der russisch-ukrainische Gasstreit ist letzten Endes struktureller Natur. Die EU muss die Probleme auf der wichtigsten Gastransitroute auf verschiedenen Ebenen adressieren: bilateral mit Russland und der Ukraine, in der EU und international im Rahmen multilateraler Kooperation. Es gibt nicht die eine Patentlösung, sondern die EU wird auf ein Bündel von Maßnahmen und Instrumenten der Energie, Außen- und Wirtschaftspolitik zurückgreifen müssen. Die Notwendigkeit einer Verregelung der Energiepolitik ist akuter denn je. Alle sonstigen Maßnahmen werden nur mittel- oder langfristige erfolgreich sein.

Ein beispielloser Lieferstopp

Auf den ersten Blick schien der Streit geschäftlicher Natur zu sein und den Konflikt von 2005/2006 zu wiederholen. Die Folgen des diesjährigen Gasstreits waren jedoch wesentlich dramatischer und haben EU-Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten der Energiegemeinschaft im Südosten Europas und auf dem Balkan von den Gaslieferungen aus Russland abgeschnitten. Industrielle Verbraucher waren einer strengen Rationierung ausgesetzt und Heizenergie für private Haushalte wurde gedrosselt. Selbst Russlands größte Gaskunden auf dem Kontinent – Deutschland, Frankreich und Italien – mussten mit Kürzungen fertig werden.

Der »Gas-Krieg« wurde auch von einem »PR-Krieg« begleitet, in dem beide Seiten versuchten, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass ihr jeweiliges Vorgehen gerechtfertigt sei. Seit dem Herbst war Gazprom vor allem im Rahmen des »Frühwarnmechanismus« des EU-Russland Energiedialogs durch die EU getourt und hatte auf die sich abzeichnenden Probleme mit den Ukrainern hingewiesen. Dabei hatte es 2008 sowohl im März als auch im Oktober bilaterale russisch-ukrainische Abkommen gegeben.

Der Streit zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy über alte Schulden und neue Preise spitzte sich im November und Dezember 2008 zu. Bis Neujahr kam keine Einigung über Gaslieferungen aus Russland in die Ukraine zustande. Mit dieser Situation rechtfertigte die russische Seite die Verringerung der an die Ukraine gelieferten Gasmenge. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen in den folgenden Tagen endeten in einer Blockade und ab dem 6./7. Januar 2009 blieben die Gaspipelines leer. Gazprom stellte die Lieferungen ein, nachdem Ministerpräsident Wladimir Putin öffentlich Anweisung gegeben hatte, das zu tun. Eine EU-Beobachtermission, die am 11./12. Januar ihre Arbeit aufgenommen hatte, erzielte nicht den nötigen Durchbruch. Ab dem 14. Januar unternahm Russland mehrere Versuche, 99.200 m³ Gas an den Einspeisungspunkt in Sudscha zu schicken, die Ukraine verweigerte aus technischen Gründen jedoch deren Transport. Vieles deutet daraufhin, dass Gazprom damit einen Einspeisungspunkt gewählt hatte, der der ukrainischen Seite eine Weiterleitung tatsächlich unmöglich machte.

Im Verlauf des immer bizarrer anmutenden Streits wurden eine Vielzahl technischer Details in die Diskussion geworfen. Die Vehemenz des Streits, seine Dauer und die Halsstarrigkeit beider Seiten macht deutlich, dass ihm strukturelle und über die rein kommerziellen Fragen hinausgehende Probleme zugrundeliegen. Auch nachdem wieder Gas fließt, hält die internationale Fassungslosigkeit darüber an, dass beide Seiten lange Zeit wenig oder gar nichts zur Deeskalation beigetragen haben. Die zügige Einigung in der Nacht zum 18. Januar 2009 zwischen den beiden Ministerpräsidenten und die danach geschlossenen Verträge vom 19. Januar 2009 zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy setzten dem Spuk ein ebenso plötzliches Ende.

Schlüsselergebnisse bleiben im Dunkeln. Ob letztlich internationaler Druck und das demonstrative Fernbleiben hochrangiger Europäer beim anberaumten Gasgipfel in Moskau zum Ende des Konflikts geführt haben, bleibt Spekulation. Ob die am 19. Januar 2009 geschlossenen Verträge Basis für eine langfristige Lösung sind,

darf trotz des Fortschritts, den sie zweifellos rechtlich darstellen, bezweifelt werden. Neue Streitigkeiten scheinen vorprogrammiert, u. a. weil völlig unklar bleibt, wie die fast bankrotte Ukraine die Gaspreise bezahlen soll.

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat beide Länder getroffen und den ökonomischen Aspekt des Konflikts verschärft. Auch Gazprom ist kurzfristig klamm. Der mit großer Härte ausgetragene Machtkampf in der Ukraine zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko – insbesondere über die zukünftige Rolle des Zwischenhändlers RosUkrEnerg – stellt einen Teil seiner politischen Dimension dar. Die kurzfristige Logik, der die politische Elite auf beiden Seiten folgt, gründet in persönlichen Interessen, Korruption und Rentseeking-Strategien. Die Involvierung von Zwischenhändlern und anderen geschäftlichen Interessen erschwerte die Austragung des Konflikts auf einer rationalen ökonomischen Ebene.

Darüber hinaus behinderte die allgemeine geopolitische Landschaft eine benevolente Konflikttheung; für Moskau gab es keinen Anreiz, der Ukraine mit einem Gasliefervertrag entgegenzukommen. Die Ukraine hat im russisch-georgischen Krieg eindeutig gegen Russland Stellung bezogen, bemüht sich um die NATO-Mitgliedschaft und hat die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim nach 2017 offen gelassen; darüber hinaus gibt es noch weitere Streitpunkte mit dem östlichen Nachbarn.

Der begrenzte Einfluss der EU

Die Gaslieferungen nach Europa sind im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in Geiselschaft genommen worden, wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso beklagte. Sind der EU auch politisch die Hände gebunden?

Sowohl die Ukraine als auch Russland haben mit dem Streit an Glaubwürdigkeit verloren. Denn beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU geschlossen haben, verstoßen. Fatal ist, dass dieser Ansehensverlust kurz- bis mittelfristig keine Konsequenzen für die Gasströme aus Russland durch die Ukraine haben wird. Grund sind die geographischen und infrastrukturellen Realitäten auf dem Kontinent.

Russland hat am Gasimport der EU-27 einen Anteil von 42 %. Laut einer Prognose der Internationalen Energie Agentur wird der europäische Gasverbrauch um voraussichtlich ein Prozent pro Jahr steigen, da Europa aus ökologischen Gründen weiter auf Gas setzt. Europas Nachbar Russland verfügt mit einem Viertel der weltweiten Vorkommen über die größten Gasreserven der Welt. Da sich die eigenen Reserven Europas erschöpfen, wird Russland ein wichtiges Lieferland bleiben müssen. Derzeit gehen alle russischen Exporte außerhalb der GUS-Staaten nach Europa und die Gasverkäufe nach Europa sind wichtigste Einnahmequelle Gazproms.

Darüber hinaus ist die Ukraine noch immer das wichtigste Transitland. 80 % aller Exporte aus Russland und damit 20 % des europäischen Gasverbrauchs werden durch diese ehemalige Sowjetrepublik geliefert. Das Exportpipelinennetz der Ukraine verfügt über die höchsten Kapazitäten aller Gastransittrassen nach Europa.

Moskau und Kiew dürften diese Situation gründlich durchkalkuliert haben. Selbst die ökonomischen Verluste, die durch die entgangenen Gasverkäufe und die nicht stattgefundenen Transportleistungen zustande gekommen sind, sind relativ. Auch wenn laut E.ON Ruhrgas Fachkreise die Kosten für Gazprom bei 1,5 bis 1,8 Mrd. Euro ansiedeln. Viele europäische Kunden haben Gas aus Vorräten verbraucht, die später (von Russland über die Ukraine) wieder aufgefüllt werden müssen, wenn auch nicht nur aus russischen Quellen und möglicherweise zu gefallen Preisen. Außerdem hat Gazprom das Transitproblem zur »force majeure« erklärt. Das Unternehmen streitet die Verantwortung für die Nichterfüllung von Verträgen ab und weist für den Fall, dass einer seiner Kunden Geldstrafen verlangen sollte, die Beweislast von sich. Bis jetzt hat noch kein europäisches Gasunternehmen ein gerichtliches Vorgehen angekündigt.

De facto ist der kurzfristige politische und wirtschaftliche Einfluss der EU sehr begrenzt. Der Handlungsbedarf aber groß: Die EU muss ein Bündel von Maßnahmen und Werkzeugen in Gang setzen, das als Ganzes eine weit reichende Energie-, Außen- und Wirtschaftspolitik begründet.

Mehr gemeinsame Energiepolitik wagen

Die Maßnahmen im engen Feld der Energiepolitik sind zentral, wirken aber nur mittel- bis langfristig, das heißt sie greifen in fünf bis fünfzehn Jahren. Ein Schlüssel für mehr Energiesicherheit ist Diversifizierung. Erstens muss der Energiemix vor allem im Hinblick auf Biogas erweitert werden. Aus ökologischen Gründen wird Erdgas natürlich eine Hauptenergiequelle bleiben. Zweitens muss der Bezug des Erdgases diversifiziert werden. Hier werden neue Lieferanten und alternative Importinfrastruktur benötigt, einschließlich Flüssigerdgasanlagen. In dieser Hinsicht ist der südliche – oder auch vierte – Korridor aus der Region des Kaspischen Meers

in der Debatte prominenter geworden. Neue Infrastrukturprojekte sind notwendig. Die politische Unterstützung der Nabucco-Pipeline ist bereits gewachsen, ob sich damit die ökonomischen Hinderungsgründe aus der Welt schaffen lassen, bleibt abzuwarten. Noch ist unklar, woher die Gasmengen kommen sollen und das Haupttransitland, die Türkei, hat auch schon weitergehende Ansprüche angemeldet. Gleichzeitig könnte es sein, dass das russische Pipeline-Projekt South Stream, das nun von Gazprom als zentral für die Versorgung Südosteuropas ins Spiel gebracht wird, politisch für die Russen schwieriger durchzusetzen ist. Auch das Nord Stream Pipeline-Projekt könnte in Deutschland und Europa nun kritischer gesehen werden, auch wenn Gazprom und die deutschen Firmen E.On Ruhrgas und Wintershall auf die Notwendigkeit mehrerer Korridore für Gas aus Russland verweisen.

Beide Infrastrukturprojekte lassen die Inkohärenz der europäischen Energiepolitik deutlich zutage treten. Obwohl beide Projekte als TEN-E-Projekte ausgewiesen sind, wird ihre Umsetzung hinausgezögert und es hagelt Fragen hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit. Viele Beobachter argumentieren, die EU solle nicht nur ihre eigenen strategischen Transportkorridore bestimmen, sondern auch die finanziellen und politischen Mittel, die sie für deren Realisierung aufwendet, erhöhen. Die Vorstellung von Brüssel als Makler von Firmenkonsortien für große Energieprojekte zu fungieren, ist breit diskutiert, aber noch nicht umgesetzt worden. Private Energieunternehmen sind und bleiben die Hauptakteure bei der Schaffung von Energiesicherheit auf Lieferantenseite und sie konkurrieren miteinander am Markt. Die Kompetenzen, die Brüssel hinsichtlich der Energiesicherheit hat, sind sehr begrenzt, da die EU bislang keine gemeinsame Energiepolitik betreibt.

Europa auf der Suche nach Solidarität

Der Second Energy Strategic Review der EU wurde im November 2008 veröffentlicht. Darin betrachtet die EU Energiesicherheit weniger durch eine geopolitische Brille und setzt deren Diskussion nicht mehr mit dem Fehlen einer allgemeinen Energieaußenpolitik gleich. Stattdessen visiert sie jetzt eine größere Solidarität unter den Mitgliedstaaten, eine Erweiterung ihres internen Gaspipelinennetzes, die Schaffung neuer Vorratsmöglichkeiten und einen verbesserten Informationsaustausch an.

So könnte durch den Gaskonflikt die Nord Stream Pipeline vorwärts gebracht werden, allerdings unter dem Vorzeichen größerer Solidarität unter den Mitgliedstaaten – ein Konzept, das ursprünglich von Polen als Antwort auf die deutsch-russische Abmachung zur Pipeline durch die Ostsee vorgeschlagen worden war. Der Umfang der anwendbaren solidarischen Mechanismen ist momentan gering, vor allem, was Pipelineverbindungen in zwei Richtungen und Gasspeicherkapazitäten angeht. Dass die Spotmarktpreise für Gas in Europa im Verlauf der Krise zwischen Dezember 2008 und Januar 2009 um ein Viertel gestiegen und nach der Krise ebenso wieder gefallen sind, spiegelt zweierlei wieder: man hat sich zwar auf den Spotmärkten versorgt, aber eigentlich hätten die Preise noch stärker anziehen müssen, angesichts des kompletten Lieferstopps auf der Haupttroute. Dieses war nicht der Fall, weil einfach die Interkonnektoren fehlten, um die Länder ausreichend zu versorgen.

Bis auf einen besser koordinierten Informationsaustausch brauchen alle der anvisierten Maßnahmen Zeit. Der Maßnahmenkatalog, den die EU zu erfüllen hat, ist ohnehin schon groß und kostspielig. Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiepolitik drängt jedoch stärker als je zuvor. Europa hat sich besonders auf die Nachfrageseite konzentriert, auf die Einsparung und Effizienz von Energie und eine Diversifizierung des Energiemixes und setzt dabei stark auf erneuerbare Energien. Die Europäische Union ist in der Tat weltweit führend mit ihrer 20+20+20-Formel, die fordert, den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber dem Niveau von 1990 um 20 % zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % zu erhöhen und bis 2020 eine Einsparung bei der Nachfrage nach Energie um 20 % zu erreichen. Die Umsetzung dieses Plans wird einen entscheidenden Beitrag zu einer höheren Energiesicherheit in der Zukunft leisten.

Die EU muss die oben genannten Maßnahmen jetzt als klare Konsequenz aus dem Gasstreit umsetzen. Das ist nicht nur für die Situation auf dem EU-Binnenmarkt wichtig, sondern ist auch ein zentrales Signal an Russland und die Ukraine: Das rücksichtslose Verhalten hat Folgen. Ein »Weiter so« in der EU würde abermals auf falsche Interpretation im Osten stoßen. Jetzt muss die EU klare Signale setzen, sonst ist eine Verhaltensänderung kaum zu erwarten.

Die EU und die bilateralen Beziehungen zu Russland und der Ukraine

Die beiden russisch-ukrainischen Erdgasverträge, der Liefervertrag mit Mengenangaben und Preisformeln, und der Transitvertrag mit Transitformel, die die schwankenden Preise für technisches Gas kalkuliert und Ein- und Austrittspunkte und Mengen genau bestimmt, sind ein erster wichtiger Schritt. Weitere Streitigkeiten scheinen

aber vorprogrammiert, spätestens wenn sich die ukrainischen Schulden wieder anhäufen. Langfristige Verträge im Gassektor gehören zu den bestgehütetsten Geheimnissen der Branche. Dass nun beide Verträge an eine Zeitung gelangt und ins Netz gestellt wurden, ist eine weitere Ungeheuerlichkeit im Gefolge des bilateralen Streits und wohl nur mit den andauernden innenpolitischen Streitigkeiten in der Ukraine zu erklären.

Hier liegt ein zentrales Problem: Das Rechtsprinzip des *pacta sunt servanda* spielt keine Rolle in der Rechts- und Vertragskultur der beiden Ländern. Schon mehrfach sind geltende Gasverträge wegen Geschäftsstreitigkeiten in Frage gestellt und außer Kraft gesetzt worden. Die jetzigen Verträge müssen zum wirklichen Testfall gemacht werden, ob Russland und die Ukraine sich rechtlich und auch international binden lassen. Dazu muss der Streitschlichtungsmechanismus klarer ausgeführt und durchdekliniert werden. Um die internationale Verbindlichkeit zu unterstreichen, sollte die EU darauf drängen, dass beide Parteien sich dem Streitschlichtungsmechanismus des Energiecharta-Vertrags unterwerfen.

Russland und die Ukraine müssen ihren Erdgashandel transparent, dauerhaft und auf der Grundlage von Verträgen regeln. Der Gasstreit dieses Jahres stellte für das trilaterale Verhältnis eine echte Zäsur dar und damit sollte nicht einfach zur Normalität übergegangen werden.

Wie wichtig in beiden Ländern energiepolitische Reformen sind, legt dieser Streit ebenso offen, wie die Notwendigkeit für ordnungspolitische Initiativen in der weiteren Region des Kaspischen Meeres, des Schwarzen Meeres und der Ostsee. Insbesondere Transitfragen bedürfen einer klaren Regelung. In diesem Zusammenhang muss das Transitprotokoll des Energiecharta-Vertrags auf den Weg gebracht werden.

Die erbitterten Kämpfe rund um den Erdgasstreit machen deutlich, dass in beiden Ländern strukturelle Reformen im Energiesektor notwendig sind. Ein dringender Sanierungsbedarf besteht im ukrainischen Transportsystem und der zugehörigen Anlagen, die durchschnittlich älter als 30 Jahre sind. Völlig offen ist, woher die Mittel kommen sollen. Der staatliche Konzern Naftohaz Ukrainy wurde seit Ende der Sowjetunion schon mehrfach durch Staatshilfen vor dem Bankrott bewahrt. Hier machen sich die fehlenden energiepolitischen Reformen bemerkbar.

Der Anteil von Gas am Energiemix ist in der Ukraine mit circa 45 % sehr hoch. 30 Mrd. m³ werden zur Wärme- und Stromerzeugung verbraucht. Die Industrie verbraucht etwa 35 %. Das ist umweltpolitisch sinnvoll, ökonomisch aber sehr teuer. Der ungewöhnlich hohe Anteil von Gas am Inlandsverbrauch (zum Vergleich: in Deutschland beträgt er 23 %) ist Teil des sowjetischen Erbes. Trotz chronischer Streitigkeiten und Engpässe wurden aber in den 17 Jahren, die seit Auflösung der Sowjetunion vergangen sind, kaum Reformen unternommen.

Während die Großabnehmer zumindest auf dem Papier die höchsten Gaspreise zahlen, sind die Preise für die Bevölkerung und die kommunalen Versorger staatlich reguliert. Naftohaz beliefert die Bevölkerung zu etwa einem Zehntel des europäischen Durchschnittspreises und beliefert die Fernwärmeversorger zu Vorzugspreisen. Das Fernwärmeaufkommen wird fast komplett mit Gas erzeugt. Das lukrativere Geschäft mit den Großkunden aus der Schwerindustrie, die auf dem Papier weit höhere Preise zahlen, ist an andere Unternehmen wie RosUkrEnerg und deren Tochter UkrHazEnerg abgegeben worden.

So sind die bereits beschriebenen persönlichen Bereicherungsstrategien und innenpolitischen Machtkämpfe um wirtschaftliche und politische Ressourcen miteinander verknüpft. Der Energiesektor ist deswegen innenpolitisch so hart umkämpft, weil sich mit dem Gashandel viel Geld verdienen lässt und gleichzeitig mit dem Zugriff auf subventionierte Gasflüsse auch Gewinne und Verluste in anderen Branchen beeinflussen lassen.

Bisher wurden Reformen im Bereich der Energieeffizienz auf die lange Bank geschoben. Hier gibt es aber enormes Potenzial. Die EU ist in diesem Zusammenhang der Partner Nummer Eins, da sie neben dem großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang auch auf Ordnungspolitik abheben muss. Ein stärkeres europäisches Engagement aber hängt von mehr Rechtssicherheit ab. Das gilt auch für die Bildung eines jetzt wieder diskutierten internationalen Konsortiums, um den Sanierungsbedarf auf den Transittrassen zu finanzieren.

Ordnungspolitische Dringlichkeiten

Die Werkzeuge der EU für einen schnellen Erfolg sind klar begrenzt und in erster Linie ordnungspolitischer Natur. In der Zeit, die der beispiellosen und unerhörten Situation nun nachfolgt, muss die EU Russland und der Ukraine deutlich kommunizieren, dass der Gasstopp sämtliche unterzeichneten bilateralen Dokumente, die internationale Praxis und den Energiecharter-Vertrag verletzt und die Glaubwürdigkeit beider Länder zerstört hat. Es sollte eine umfassende Diskussion von Regeln, Vorschriften und international bindenden Gesetzen stattfinden. Der komplette Stopp der Gaslieferungen verletzt Artikel 7 (über den Transit) des Energiecharter-Vertrags. Die Ukraine hat diesen Vertrag ratifiziert, Russland hat ihn unterzeichnet und angewendet, ohne ihn ratifiziert zu haben. Transitfragen bilden den Kern einer langfristigen Lösung der europäischen Energiebelange.

Die EU forciert im Energiedialog mit Russland zu Recht die Verhandlungen über das Transitprotokoll und die Verhandlungen zwischen der EU und Russland über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Energiefragen sehr stark fragmentiert gesteuert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die gasproduzierenden Länder eine stärkere Abstimmung ihrer Politik suchen, die Konsumenten auf Seiten der EU erwägen die Bildung von Gaseinkaufskonsortien. Auch im Transitraum des Kaspischen und des Schwarzen Meeres bis hinauf ins Baltikum mehren sich Tagungen, Konferenzen und Initiativen, um die eigenen Interessen gegenüber Produzenten und Konsumenten in Stellung zu bringen. Langfristig kann das kostenintensiv werden. Was eigentlich Not tut, sind gemeinsame Regeln und Normen in dem Raum der durch Gasbeziehungen bereits vorstrukturiert ist.

Die EU hat deswegen die Idee einer paneuropäischen Energiegemeinschaft vorangetrieben. Die grundlegenden Elemente einer solchen Gemeinschaft sind die Übernahme der für den Energiesektor relevanten Teile des *Acquis Communautaire* und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes auszuweiten und so verbindliche Rechtsnormen zu schaffen. Wichtiges Kooperationsfeld ist auch die Energieeffizienz. Perspektivisch kann die Energiegemeinschaft im Rahmen der Schwarzmeer Synergie und der Baku Initiative sowie der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgedehnt werden.

Im Energiebereich ist Russland, was Fragen der politischen Ordnung, den Verlauf von Pipelines und das Ziel der Diversifizierung angeht, der entschiedenste Gegenspieler der EU. Die EU und Russland verfolgen in zentralen politischen Fragen unterschiedliche Strategien. Die EU und Russland verhandeln derzeit ein neues Partnerschafts- und Rahmenabkommen. Der Energiedialog zwischen der EU und Russland sieht noch andere bilaterale Mechanismen zur Verhandlung von Energiefragen vor. Diese Kanäle müssen jetzt genutzt werden, um strukturelle Fragen zu behandeln.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine finden zum Großteil im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und deren Aktionsplan von 2004 statt. Die ENP und mit ihr zusammenhängende Aktivitäten (zum Beispiel die Schwarzmeer-Synergie) bemühen sich um eine Ausweitung der am 1. Juli 2006 ins Leben gerufenen Energiegemeinschaft, zu der EU-Mitgliedstaaten und auch südosteuropäische Staaten gehören bis hin zu Moldawien und der Ukraine.

Letzten Endes bleibt die banale Erkenntnis, dass die sicherste, billigste und klimafreundlichste Energiequelle die ist, die nicht verbraucht wird. Die geschätzten Energieeinsparungen, die in den EU-Ländern zukünftig gewonnen werden können, sind größer als die Gasexporte aus Russland nach Europa, möglicherweise sogar doppelt so groß. Energieeffizienz liegt in aller Interesse und sollte eine wichtige Grundlage der Kooperation bilden. Die EU muss auf beide Länder Druck hinsichtlich einer Steigerung der Effizienz ausüben. Die nötigen Investitionen werden jetzt kostspielig sein, sich in Zukunft aber erheblich auszahlen.

Über die Autorin:

Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Stiftung Wissenschaft und Politik) in Berlin.

Lesetipps:

- Oliver Geden, Mehr Pragmatismus, weniger Geopolitik, Effiziente Ansätze für die Energieversorgungssicherheit der EU, SWP-Aktuell 2008/A 83, November 2008, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5505
- Jonas Grätz / Kirsten Westphal: Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand, SWP-Aktuell 2009/A 03, Januar 2009, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5695
- Margarita M. Balmaceda, Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union, Russia's power, oligarchs' profits and Ukraine's missing energy policy 1995–2006, BASEES/ Routledge Series on Russia and East European Studies, 2008.
- Kirsten Westphal, »Liberalised, Monopolised, Fixated, Antinomies of the European Energy Market« in: The Europe beyond Europe. Outer Borders, Inner Limits. Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Hutterer (Hg.) (english-Reprint 2007).

Die Nabucco-Erdgaspipeline und die Europäer

Von Kirsten Westphal, Berlin

Der Zeitpunkt der Konferenz, um das Projekt der Nabucco-Pipeline voranzutreiben, hätte günstiger kaum sein können. So kurz nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit und den harten Folgen für die südeuropäischen Länder konnte mit großer Unterstützung und Aufmerksamkeit gerechnet werden. Und tatsächlich war die Runde, die sich am 27. Januar 2009 in Budapest versammelte, illustert. Neben Vertretern der EU-Kommission, der Unternehmen und der Transitländer waren vor allem auch potenzielle Gaslieferanten zugegen.

Die Nabucco-Pipeline soll die europäischen Gasmärkte an die Gasreserven des kaspischen Raums und Zentralasiens anbinden. Die Pipeline soll jährlich 31 Mrd. m³ Erdgas über eine Länge von 3300 km transportieren. Die Route verläuft durch die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn bis nach Österreich. Die Nabucco-Pipeline ist deswegen das zentrale Projekt des vierten (oder südlichen) Gaskorridors nach Europa.

Das Projekt hat nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit nun vor allem auf symbolischer Ebene nochmals große Unterstützung durch die Europäische Union erfahren. Und in der Tat hat die Nabucco-Pipeline mittlerweile hohe Symbolkraft. Zum einen wird sie zum Testfall dafür stilisiert, wie ernst es der EU ist mit einer gemeinsamen Energiepolitik und einer größeren Diversifizierung, die aus der »großen Abhängigkeit von Russland führen kann«, so Vertreter aus Brüssel. Zum zweiten kann ihr Bau ein wichtiges Signal für Russland und die Ukraine sein, dass es die EU ernst meint und dass das rücksichtslose Verhalten des wichtigsten Lieferanten und mengenmäßig größten Transitlandes nach Europa Konsequenzen nach sich zieht. Und drittens zeigt es, ob Südosteuropa, das so stark von Gaslieferausfällen betroffen war, enger an die europäischen Gasnetze herangeführt werden kann. Perspektivisch gilt das auch für die Mitgliedsländer der Energiegemeinschaft, die die EU mit den Ländern des Balkans unterhält.

Außerdem würde die Pipeline einen doppelten Beitrag zur Diversifizierung leisten: Sie öffnet den Zugang zu neuen Gasquellen und sie nutzt eine neue Gasroute. Sicher, im Vergleich zum europäischen Gesamtverbrauch von knapp 500 Mrd. m³ jährlich ist ihr Beitrag gering. Nabucco ist ein erster Schritt, um die kaspische Region für Europa zu erschließen.

Legt man die Annahme eines steigenden Erdgasbedarfs in der EU zugrunde, dann ist auch wegen der fallenden Produktion in der EU neben Nabucco noch Platz für das häufig als Konkurrenz bezeichnete Projekt der South Stream-Pipeline, das von Russland geplant wird. Beide Projekte kämpfen mit Finanzierungsfragen. Hier hat die EU diese Woche eine Anschubfinanzierung von 200 Mio. Euro für Nabucco ausgewiesen. Das Geld dient zur Absicherung günstigerer Anleihen und Kredite.

Alle Machbarkeitsstudien für Nabucco sind mittlerweile abgeschlossen. Der Beginn der ersten Bauphase ist für 2011 vorgesehen, sieben Jahre, nachdem sich erstmals ein Konsortium zusammengefunden hat und sechs Jahre, nachdem das Projekt EU Unterstützung über das Programm Transeuropäische Netze (TEN-E) bekommen hat. Bei aller verbalen Unterstützung der EU und der Mitgliedsländer: Die Realisierung der Pipeline unterliegt einem Firmenkonsortium, indem die österreichisch OMV Konsortialführer ist und dem neben den Gasfirmen der Transitländer auch die deutsche RWE angehört. Hier spielt das Unternehmenskalkül die entscheidende Rolle. Infrastrukturell macht das Projekt Sinn und politisch ist es gewollt. Die Hindernisse liegen vor allem im kommerziellen Bereich.

Russland hat mehrfach süffisant darauf hingewiesen: Der Pipeline fehlt das Gas. Bisher ist das aserbaidjanische Gasfeld Schach Deniz vorgesehen. Da Aserbaidschan aber auch noch Lieferverträge mit Russland hat und auch aus einem strategischem Kalkül heraus, demzufolge mehrere Quellen zur Sicherung der Versorgung beitragen, müssen weitere Quellen erschlossen werden. Auf der Konferenz in Budapest nun zeigte Aserbaidschan aber weiterhin die größte Unterstützung für das Projekt, der Irak immerhin präsentierte seine Zahlen und auch Gasexporteur Ägypten war anwesend. Die zentralen Spieler aber, Kasachstan und vor allem Turkmenistan, gaben sich sehr verhalten.

Mit einem Blick auf die Landkarte bietet sich vor allem Turkmenistan als Gaslieferant an. Das Land könnte nach einem unabhängigen Audit einer britischen Firma mit seinen Gasreserven zur Liga der drei reservenreichsten Länder Russland, Iran und Katar aufschließen. Aber auch Kasachstan und Usbekistan könnten Gas beisteuern. In diesen Ländern hat sich aber der russische Erdgaskonzern Gazprom bereits einen großen Anteil der Gasproduktion über Staatsabkommen gesichert. China hat nachgelegt und baut bereits mit hohem Tempo eine Leitung in die zentralasiatische Region. Europa trifft also auf keine »*tabula rasa*«. Europäische Gasinteressen könnten zum Spielball zentralasiatischer Interessen werden, denen es letztlich um

höhere Preise und bessere Konditionen mit Russland und China geht, die aber die eigentliche Geschäftsbasis mit den zwei großen Nachbarn nicht verschlechtert sehen möchten. Das trifft auch auf ein innenpolitisches Kalkül, denn die Europäer werden als »unangenehme« Partner wahrgenommen, die zu innenpolitischen Reformen und auf einen klareren Rechtsrahmen drängen könnten.

Ein Fragezeichen bleibt auch hinter dem Iran, der über die zweitgrößten Reserven weltweit verfügt. Die weltpolitische Großwetterlage hat sich mit dem Präsidentenwechsel in den USA immerhin geändert, schon sind Gespräche mit dem Iran angekündigt. Dem Iran kommt eine wichtige Stellung zu, nicht nur als potenzieller Lieferant, sondern auch wegen der ungeklärten Statusfrage des Kaspischen Meeres. Schließlich müsste turkmenisches Gas durch das kaspische Meer transportiert werden, um die Nabucco-Pipeline zu füllen. Ein Transport als komprimiertes Erdgas oder gar Flüssiggas ist ökonomisch unrentabel. Eine transkaspische Pipeline aber unterläge dem Hoheitsanspruch auch der anderen Anrainerstaaten. Damit sind der Probleme aber noch nicht genug.

Ein weiteres Problem stellen die Transitfragen dar. Bis die Pipeline am österreichischen »Gas-Hub« Baumgarten ankommt, verläuft sie durch vier Länder. Alle beteiligten Länder möchten neben ihrer Rolle als Transitland auch Gas aus der Pipeline beziehen. Vor allem aber möchte die Türkei zum Gasumschlagplatz werden und eine Verteilerstation einrichten. Die Europäer sind dagegen. Die Türkei hat nach dem Gasstreit bereits gedroht, das Projekt mit den eigenen EU-Beitrittsverhandlungen zu koppeln. Ärger scheint also weiter vorprogrammiert. Man ist in Budapest mit der Realisierung einen kleinen Schritt weitergekommen, aber etliche Fragen harren noch der Lösung.

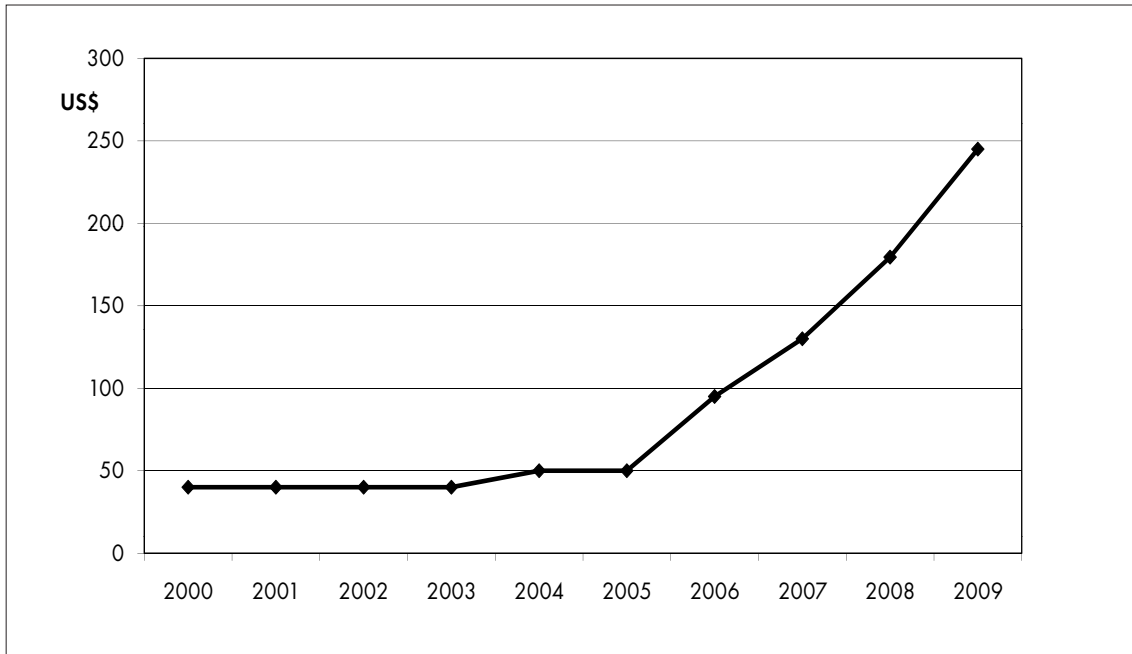
Über die Autorin

Dr. Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Datenanhang

Der russisch-ukrainische Gashandel

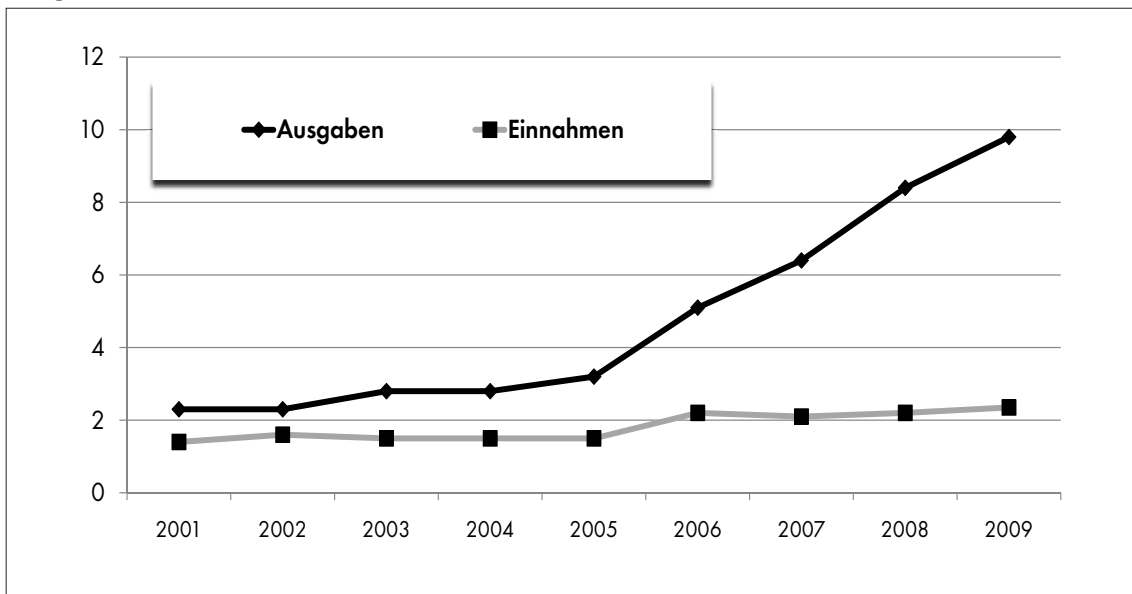
Grafik 1: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2009 (US\$/Tsd. m³)



Anmerkung: Der Wert für 2009 ist ein geschätzter Durchschnittspreis.

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

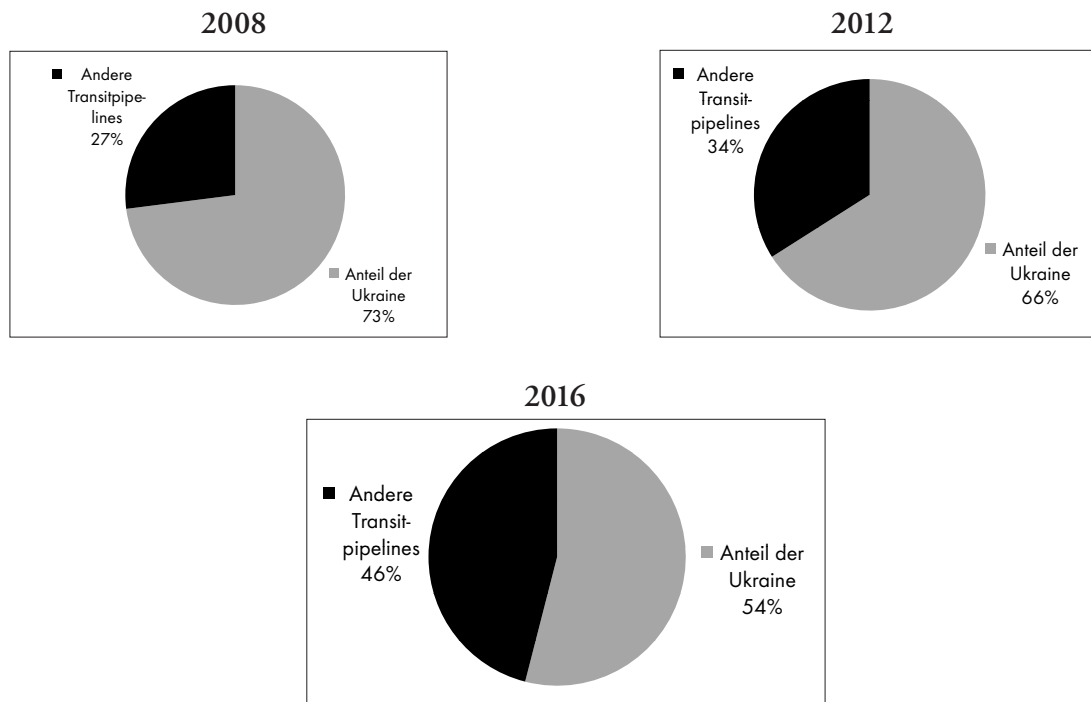
Grafik 2: Ukrainische Ausgaben für Erdgasimporte und Einnahmen durch Transit von Erdgas (Mrd. US\$)



Anmerkung: Die Werte für 2009 sind Schätzungen.

Quelle: Simon Pirani, Oxford Institute for Energy Studies.

Grafik 3: Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas



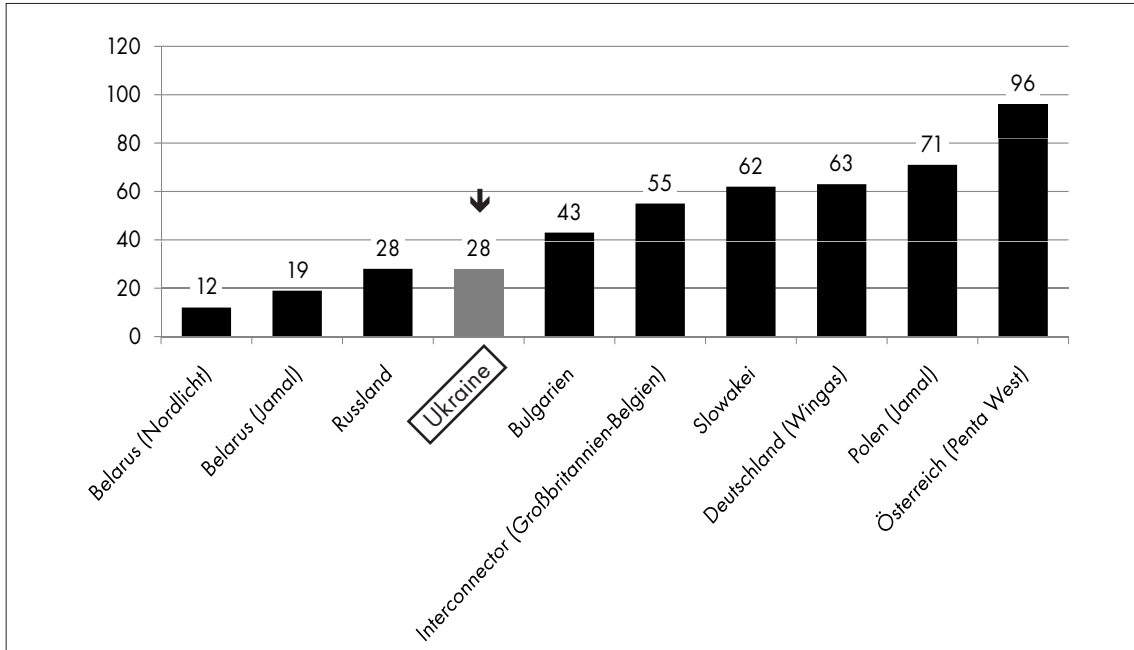
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung; siehe Tabelle 1 unten.

Tabelle 1: Gazproms Exportrouten nach Westen (in Mrd. m³)

Pipeline	Route	Kapazität 2008	Kapazität 2012	Kapazität 2016
»Bruderschaft« / »Union« (Sowjetisches Pipelinetz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130	130	130
»Nordlicht« (Sowjetisches Pipelinetz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25	25	25
Trans-Balkans (Sowjetisches Pipelinetz)	Russland – Ukraine – Balkan	20	20	20
Finnland Connector (Sowjetisches Pipelinetz, ausgebaut 1999)	Russland – Finnland	20	20	20
Jamal-Europa (seit 1999 in Betrieb)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28	28	28
»Blue Stream« (seit 2002 in Betrieb)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16	16	16
»Nord Stream« (Inbetriebnahme für 2011/2012 erwartet)	Russland – Ostsee – Deutschland	-	28	55
»South Stream« (Inbetriebnahme für 2014/2015 erwartet)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mitteleuropa	-	-	31
Gesamtkapazität		239	267	325

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung.

Grafik 4: Gebühren für den Erdgastransit im internationalen Vergleich (2006, €/m³/350km/h/Jahr)

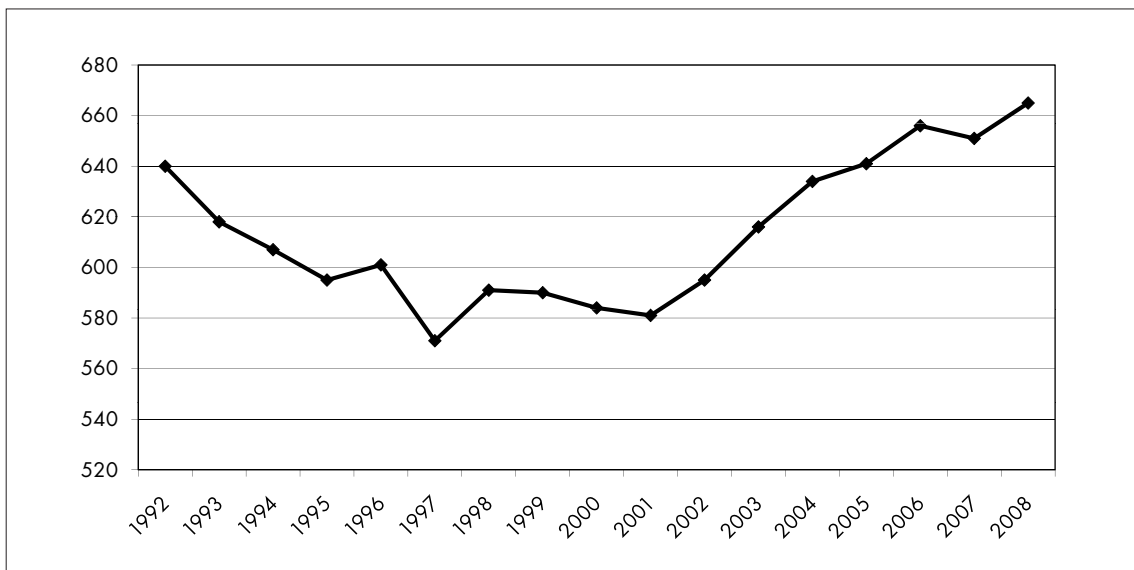


Anmerkung: Gebühren ändern sich gewöhnlich je nach Entfernung und Kunde. Die Grafik zeigt die Durchschnittsgebühr.

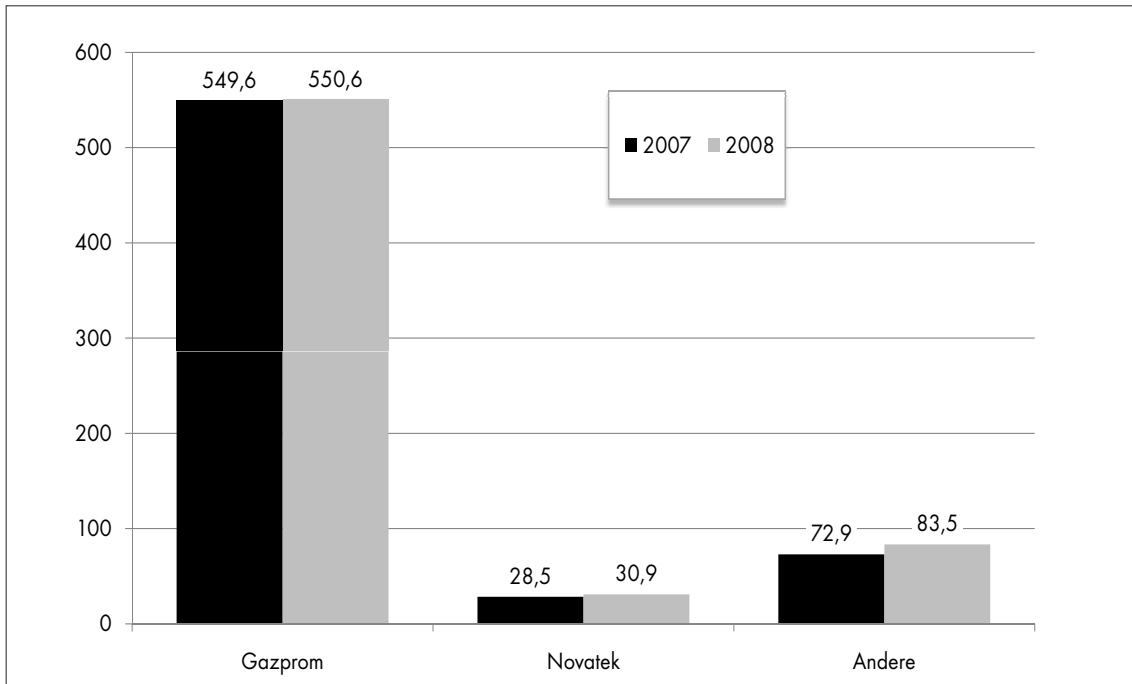
Quelle: Energy Charter Secreteriat: Gas Transit Tariffs in Selected ECT Countries (2006), Brüssel 2006, S. 65, <http://www.encharter.org/index.php?id=127>

Russlands Erdgasindustrie

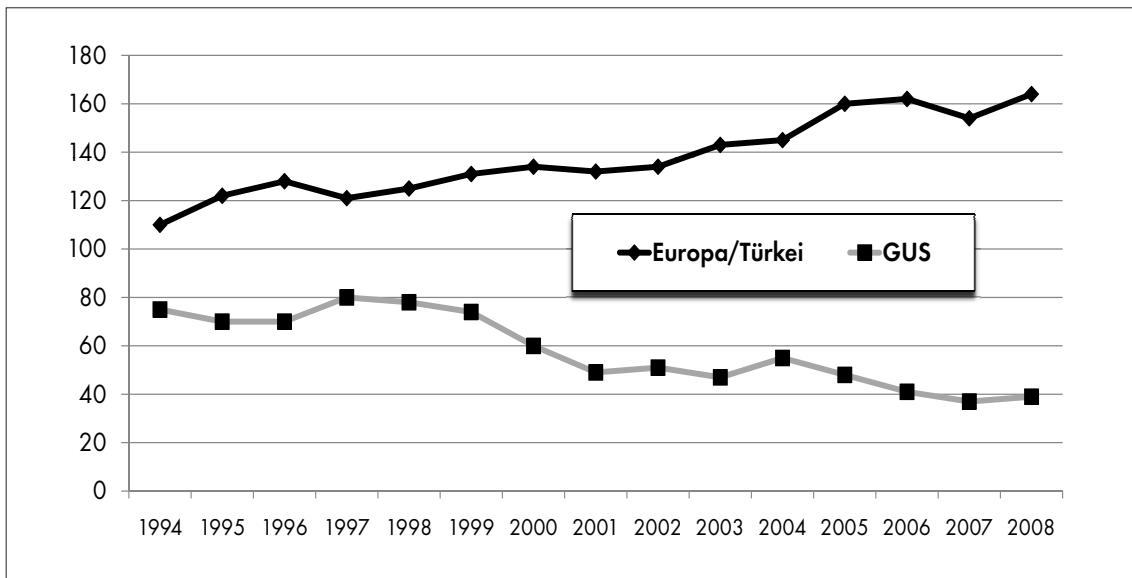
Grafik 1: Russische Erdgasproduktion 1992–2008 (Mrd. m³)



Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

Grafik 2: Russische Erdgasproduktion nach Firmen (Mrd. m³)

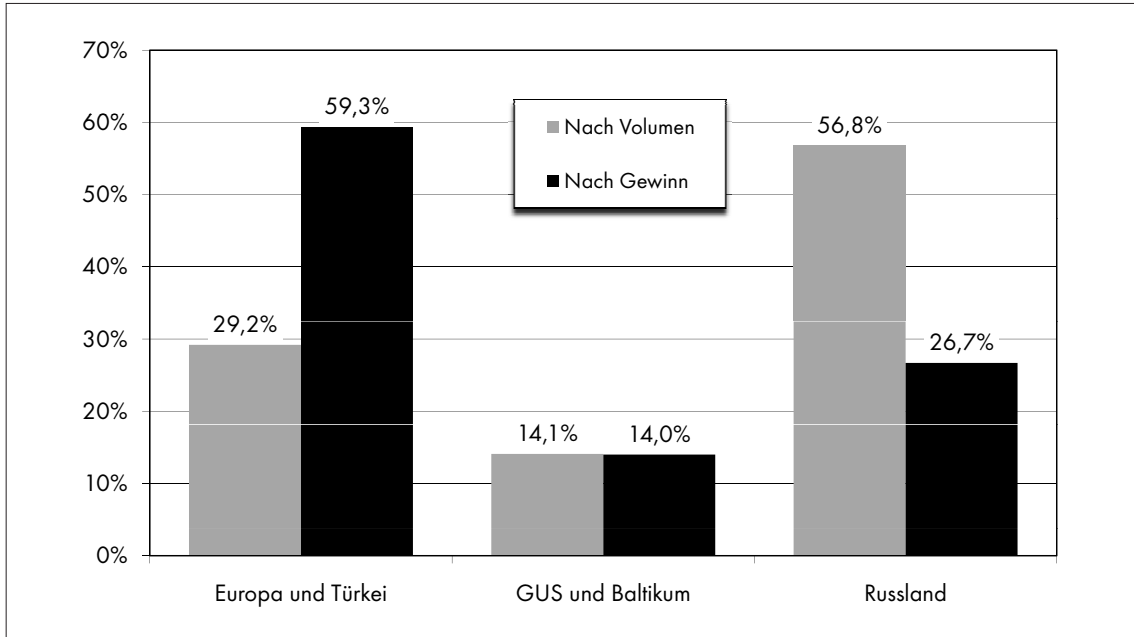
Quelle: Firmenangaben

Grafik 3: Russische Erdgasexporte 1994–2008 (ohne Gastransit aus Zentralasien) (Mrd. m³)

Anmerkung: Daten für 2008 sind auf der Grundlage der Daten Januar – November geschätzt.

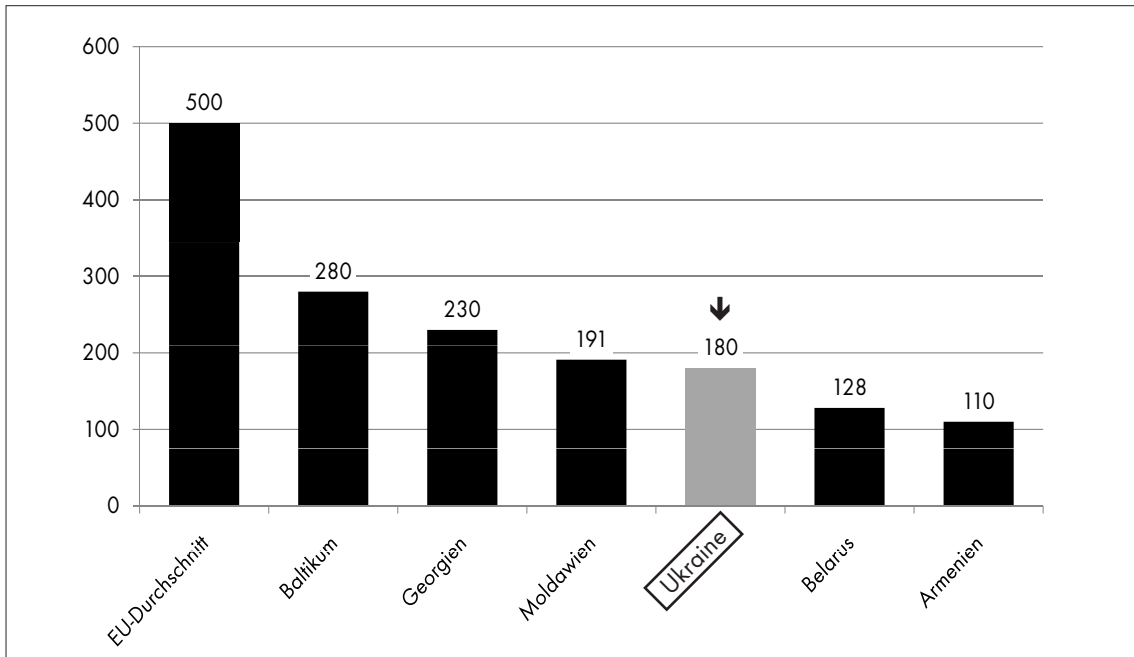
Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Statistik, <http://www.gks.ru/dbscripts/Cbsd/DBInet.cgi>

Grafik 4: Gazproms Verkäufe nach Weltregionen (Gesamtanteil, erste drei Quartale 2008)



Quelle: Firmenangaben Gazprom

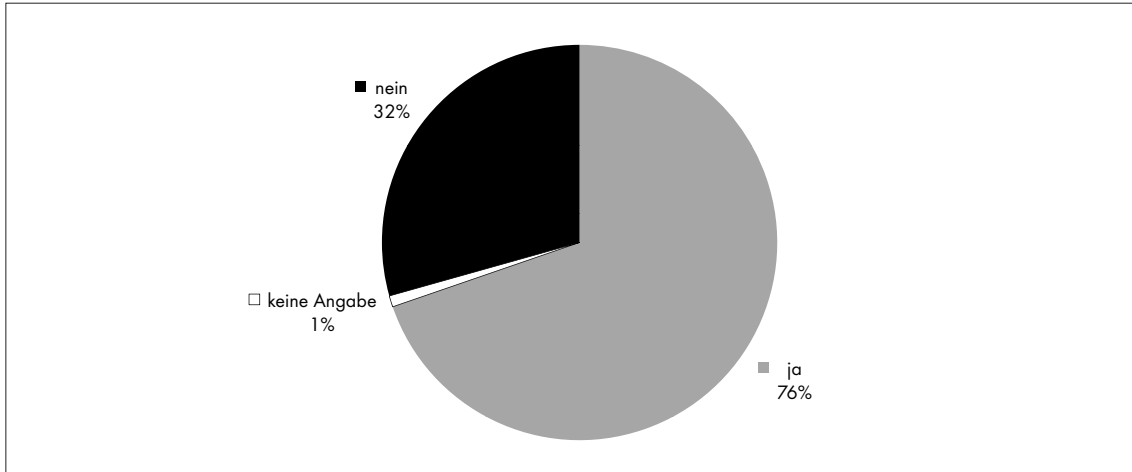
Grafik 5: Gazproms Exportpreise (US\$/Tsd. m³, 2008)



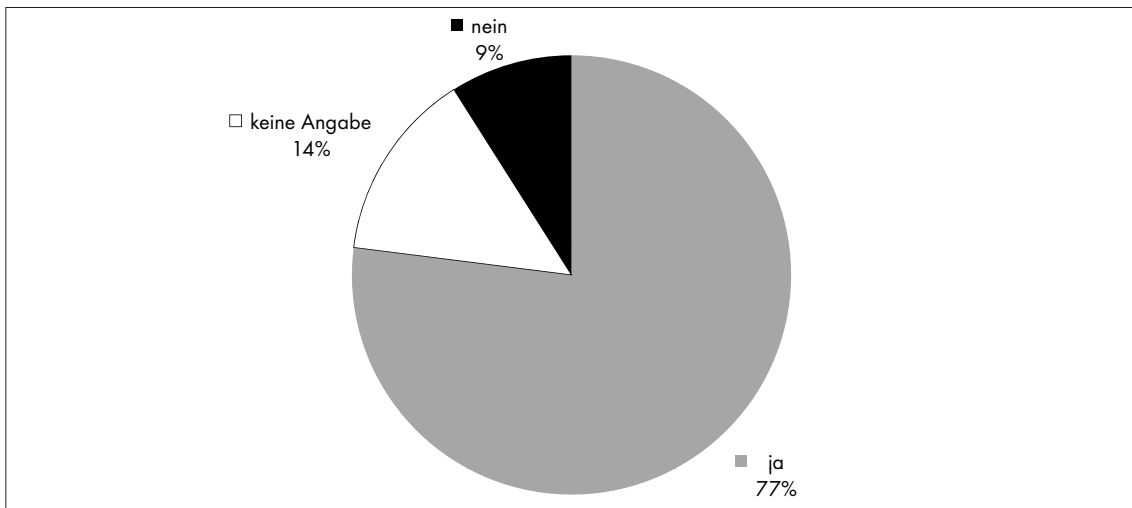
Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Russia/NaturalGas.html>

Die Haltung der russischen Bevölkerung zum Erdgasstreit mit der Ukraine

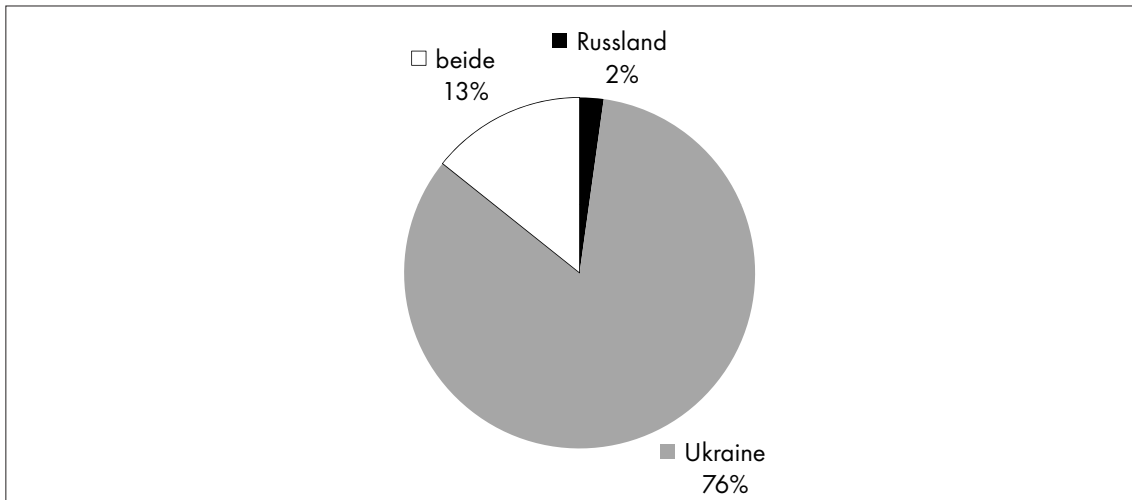
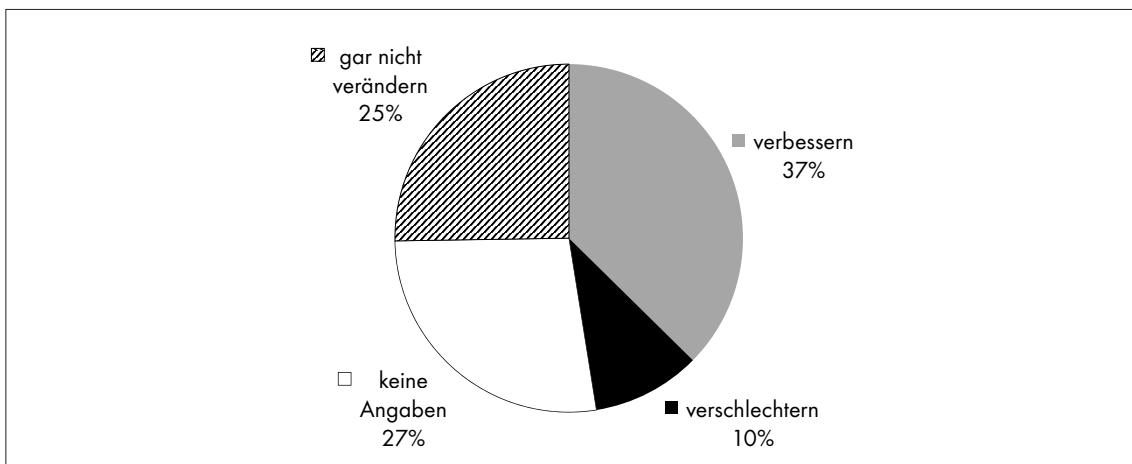
Grafik 1: Verfolgen Sie den Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine?



Grafik 2: Halten Sie es für richtig, dass Russland die Erdgasexporte in die Ukraine vollständig eingestellt hat?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM (Fonds Öffentliche Meinung) vom 17.–18. Januar 2009,
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0903/d090311>
(Abweichungen von 100% durch Rundungen)

Grafik 3: Wer ist Ihrer Meinung nach Schuld an den Lieferausfällen in Europa?**Grafik 4: Wie wird sich die Position Russlands in der Welt durch den Erdgaskonflikt verändern?**

Quelle: repräsentative Umfrage des FOM (Fonds Öffentliche Meinung) vom 17.–18. Januar 2009,
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0903/d090311>
(Abweichungen von 100% durch Rundungen)

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 100 **Die »Untergrunduniversität« der Prager Bohemisten.**
Ein Fallbeispiel für Parallelkultur in der »normalisierten« ČSSR
Von Karoline von Graevenitz
(November 2008)
- Nr. 99 **Die Ukraine zwischen Ost und West.**
Außenpolitische und kulturelle Orientierungen
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Oktober 2008)
- Nr. 98 **Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa?**
Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels
Beiträge für die 16. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin, Forschungsstelle Osteuropa an der
Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2008)
- Nr. 97 **Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen**
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(September 2008)
- Nr. 96 **Und die Krähe trägt ein rotes Sternchen**
Die politische Karikatur im polnischen Untergrund der Jahre 1981 bis 1989
Von Wolfgang Schlott
(September 2008)
- Nr. 95 **»Das Andere Osteuropa von den 1960er bis zu den 1980er Jahren«**
Berichte zur Forschungs- und Quellenlage
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.)
(Mai 2008)
- Nr. 94 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 2: Präsidentenwahl 2008
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2008)
- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)
- No. 92 **Russia's Energy Sector between Politics and Business**
By Robert Ortung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(February 2008)
- No. 91 **Already Arrived in Brussels? Interest Representation of Trade Unions from the
New EU Member States. Documentation of Interview Results**
By Heiko Pleines (ed.)
(January 2008)
- Nr. 90 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 1: Die Parlamentswahlen 2007
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2007)

Die Arbeitspapiere erscheinen sechs Mal jährlich und können als PDF-Datei von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.
Die Druckfassung ist nur im Abonnement für Bibliotheken erhältlich und kostet pro Jahr € 25,- zzgl. Versandkosten.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (im Druck), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009 (im Druck), 178 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-983-9, € 79,90

Changing Europe

- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3898218559, € 29,90
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de